



---

# **BACHELORARBEIT**

---

Frau  
**Luise Beier**

**Die Privat-  
Haftpflichtversicherung:  
„Pflicht oder Freiwilligkeit“?**

**2014**

# **BACHELORARBEIT**

---

## **Die Privat- Haftpflichtversicherung: „Pflicht“ oder „Freiwilligkeit“?**

Autorin:  
**Frau Luise Beier**

Studiengang:  
**Business Management**

Seminargruppe:  
**BM11wV1-B**

Erstprüfer:  
**Prof. Dr.-Ing. Michael Hösel**

Zweitprüfer:  
**Dipl.-Betriebswirt (BA) Sebastian Mahler, MBA**

# **BACHELOR THESIS**

---

The personal liability insurance:  
„obligation“ or “voluntariness”?

author:

**Ms. Luise Beier**

course of studies:

**Business Management**

seminar group:

**BM11wV1-B**

first examiner:

**Prof. Dr.-Ing. Michael Hösel**

second examiner:

**Dipl.-Betriebswirt (BA) Sebastian Mahler, MBA**

submission:

Chemnitz, 21.07.14

---

## Bibliografische Angaben

Beier, Luise

Privat-Haftpflichtversicherung: „Pflicht“ oder „Freiwilligkeit“?

The personal liability insurance: „obligation“ or “voluntariness”?

57 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,  
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2014

## **Abstract**

Jährlich ereignet sich eine Vielzahl an Schadensereignissen auf dem Gebiet des Haftpflichtrechts. Es handelt sich hierbei um Schäden, die einem Dritten zugefügt werden, meist ohne dass diesen ein Mitverschulden trifft. Der Geschädigte kann hierbei existenziell in seinem Leben eingeschränkt werden, wenn er keinen (ausreichenden) Schadensersatz erhält. Diese Ereignisse können in verschiedensten Bereichen auftreten. So entstehen beispielsweise durch den Gebrauch eines Fahrzeugs täglich Personen- und Sachschäden. Auch als Privatperson, z.B. als Fußgänger oder Radfahrer, sind wir ständig gewissen Risiken ausgesetzt und können durch unsere Handlungen im Alltag andere schädigen. Eine Umfrage ergab, dass ca. 30 % der deutschen Bürger keinen entsprechenden Versicherungsschutz gegen die Gefahren des täglichen Lebens besitzen. Es ist anzunehmen, dass sich diese Personen ihrem finanziellen Risiko nicht bewusst sind, dem sie sich unentwegt aussetzen. Im Falle eines Schadens sind Sie zum Schadensersatz verpflichtet und haften unter Umständen mit ihrem gesamten Vermögen. Diese Gefahren können über die Privat-Haftpflichtversicherung abgesichert werden. Die Intention dieser Arbeit ist es, zu prüfen, ob die freiwillige Privat-Haftpflichtversicherung in eine Pflichtversicherung umgewandelt werden sollte. Im Fokus des Forschungsinteresses steht dabei die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen eine Umwandlung möglich ist und welche Auswirkungen die Pflichtversicherung auf den Versicherungsmarkt, die Politik, die Versicherungsnehmer und potenziell Geschädigte hätte. Die möglichen Konsequenzen werden anhand von Fallbeispielen analysiert und in Bezug auf Anreize bzw. Fehlanreize unter besonderer Berücksichtigung des moralischen Handelns der Menschen erörtert. So wird im Ergebnis aufgezeigt, dass bestimmte Schadensereignisse zum Schutz der Allgemeinheit grundsätzlich abgesichert werden sollten. Die Umwandlung der freiwilligen Privat-Haftpflichtversicherung in eine Pflichtversicherung wäre somit für die Zukunft eine folgerichtige Konsequenz.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>I</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>III</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>VI</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>1</b>
1.1 Hinführung zur Thematik.....	1
1.2 Freiwilligkeit einer Pflichtversicherung in Bezug auf die menschliche Freiheit.....	2
<b>2 Theoretische Rahmenbedingungen und begriffliche Grundlagen .....</b>	<b>5</b>
2.1 Gesetzliche Schadenersatzpflicht und Haftpflichtrecht .....	5
2.2 Die Allgemeine Haftpflichtversicherung .....	9
2.3 Schadensarten und gesetzliche Einschränkungen .....	11
2.4 Die Privat-Haftpflichtversicherung .....	15
<b>3 Aktuelle Versicherungssituation in Deutschland .....</b>	<b>19</b>
3.1 Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung.....	19
3.2 Bestehende Versorgungssituation - Marktdurchdringung .....	23
3.3 Schadenshöhe und Schadenshäufigkeiten .....	24
<b>4 Anreize einer Pflichtversicherung.....</b>	<b>29</b>
4.1 Garantierte Befriedigung der Ansprüche des Anspruchstellers.....	30
4.2 Wirtschaftliche Situation des Schädigers.....	31
4.3 Wegfall der Forderungsausfalldeckung .....	31
<b>5 Fehlanreize einer Pflichtversicherung .....</b>	<b>33</b>
5.1 Leichtfertigkeit und Fahrlässigkeit werden provoziert .....	33
5.2 Schadensmanipulation.....	34
5.3 Strittiger Nutzen der Versicherung .....	35
<b>6 Gestaltung und Umsetzung.....</b>	<b>37</b>
6.1 Mindestvertragsgestaltung .....	38
6.2 Finanzierung und staatliche Unterstützung.....	39
6.3 Umsetzungsmöglichkeit .....	40
<b>7 Fazit.....</b>	<b>42</b>

---

<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>XI</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>XV</b>
<b>Eigenständigkeitserklärung .....</b>	<b>XXIX</b>

## Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung
AMG	Arzneimittelgesetz
Art.	Artikel
AusIPfIVG	Gesetz über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger
AWA	Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BU	Berufsunfähigkeit
BWV	Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
Dr.	Doktor
D&O-Versicherung	Directors-and-Officers-Versicherung
ebd.	ebenda
etc.	et cetera
EU	Erwerbsunfähigkeit
EUR	Euro

---

e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
f.	die angegebene und die folgende Seite
ff.	die angegebene und die folgenden Seiten
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
Hrsg.	Herausgeber
HWS	Halswirbelsäule
IfD	Institut für Demoskopie
inkl.	inklusive
Jg.	Jahrgang
Kfz	Kraftfahrzeug
KfzPfIVV	Verordnung über den Versicherungsschutz in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (Kraftfahrzeugpflichtversicherungsverordnung)
mind.	mindestens
Mio.	Millionen(en)
Nr.	Nummer
o.V.	ohne Verfasser
PfIVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz)
PKW	Personenkraftwagen



---

Prof.	Professor
RBE-Privat	Risikobeschreibung, Besondere Bedingungen und Erläuterungen für die Haftpflichtversicherung von privaten Risiken
RGBI	Reichsgesetzblatt
S.	Seite
SGB	Sozialgesetzbuch
StGB	Strafgesetzbuch
StVG	Straßenverkehrsgesetz
u.a.	unter anderem
v.d.	von der
Vgl.	Vergleiche
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
z.B.	zum Beispiel

---

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung des Versicherungsschutzes privater Haushalte in Deutschland im Jahr 2014 .....	23
--	----

Abbildung 2: Beiträge und Leistungen in der allgemeinen Haftpflichtversicherung in Deutschland von 2009 bis 2012 (in Millionen Euro) .....	28
--	----

# 1 Einleitung

## 1.1 Hinführung zur Thematik

Der Versicherungsmarkt in Deutschland bietet aktuell eine Vielzahl von verschiedenen Produkten und Leistungsarten. Dabei wird zwischen gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtversicherungen und freiwilligen Versicherungen, deren Abschluss jedem freigestellt wird, unterschieden. Diese Arbeit beschäftigt sich mit der privaten Haftpflichtversicherung und greift dabei die Fragestellung auf, ob diese Versicherung von einer freiwilligen Versicherung in eine Pflichtversicherung umgewandelt werden sollte. Eine vergleichbare Frage wird bereits seit längerem zwischen den Versicherungsunternehmen und der Politik diskutiert: Es geht dabei um den Vorschlag, alle Gebäudeeigentümer zum Abschluss einer Elementarversicherung zu verpflichten. Diese bietet u.a. Versicherungsschutz für Schäden durch Überschwemmung, Erdbeben oder Schneeeinbruch. Die Hochwasserereignisse im Sommer 2013 waren Anlass, die Diskussionen der letzten Jahre erneut aufzunehmen.<sup>1</sup> Die zahlreichen Streitgespräche haben die verschiedenen Aspekte und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung deutlich gemacht. Nach derzeitigem Stand haben sich die Entscheidungsträger gegen eine Pflichtversicherung für Elementarschäden entschieden.

Im ersten Kapitel dieser Arbeit werden die Begrifflichkeiten Pflicht und Freiwilligkeit erörtert und wesentliche Aspekte in Bezug auf die Versicherungsthematik veranschaulicht. Anschließend werden im Kapitel zwei die theoretischen Rahmenbedingungen und begrifflichen Grundlagen geklärt. Gesondert wird hierbei die Schadenersatzpflicht als Rechtsnorm u.a. nach § 823 ff. BGB betrachtet. Verletzt ein Mensch das Eigentum, die Gesundheit, das Leben, die Freiheit oder ein sonstiges Recht eines anderen, ist er zum Schadenersatz verpflichtet, sofern er fahrlässig oder vorsätzlich gehandelt hat.<sup>2</sup> Im weiteren Verlauf wird der Begriff Haftpflichtversicherung definiert und auf die einzelnen Schadensarten, Personen-, Sach- und Vermögensschäden, eingegangen. Abgerundet wird dieses Kapitel mit den Erläuterungen zur Privat-Haftpflichtversicherung. Daran anschließend wird die aktuelle Versicherungssituation in Deutschland analysiert und

---

<sup>1</sup> Vgl. Fürstenwerth, Jörg v.: Pflichtversicherung für Naturkatastrophen untergräbt Prävention, in: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) (Hrsg.): 24.03.2014, URL: <http://www.gdv.de/2014/03/pflichtversicherung-fuer-naturgefahren-untergraebt-praevention/> (Zugriff am 17.07.2014).

<sup>2</sup> Vgl. § 823 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

dabei der Bezug auf die Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung hergestellt sowie auf die bestehende Versorgungssituation und die Schadenshöhen bzw. Schadenshäufigkeiten hingewiesen. Das Kapitel vier zeigt die verschiedenen Anreize einer Pflichtversicherung auf. Hier wird im Detail auf die garantierte Befriedigung der Ansprüche des Anspruchstellers sowie auf die wirtschaftliche Situation des Schädigers nach einem Schadenfall eingegangen. Es wird der Vorschlag diskutiert, die jetzt bestehende freiwillige private Haftpflichtversicherung in eine Pflichtversicherung umzuwandeln. Im Zusammenhang mit der Umwandlung dieser Versicherung in eine Pflichtversicherung werden Vor- und Nachteile thematisiert. So könnten z.B. die garantierten Schadenersatzansprüche zu einem leichtfertigen sowie fahrlässigen Handeln verleiten. Diese Gedanken werden im Kapitel fünf betrachtet. In Kapitel sechs werden die Möglichkeiten der Vertragsgestaltung und -umsetzungen unter Aufgreifen der im Kapitel eins diskutierten philosophisch-ethischen Fragestellung erarbeitet. Dabei erfolgt eine Prüfung der Mindestnormen der Vertragsgestaltung, der damit verbundenen Kosten unter Beachtung der Finanzierungsmöglichkeit und einer eventuellen staatlichen Unterstützung. Abschließend wird in Kapitel sieben ein Fazit über die vorliegende Arbeit gezogen.

## **1.2 Freiwilligkeit einer Pflichtversicherung in Bezug auf die menschliche Freiheit**

Die Definitionen von Freiwilligkeit und Pflicht beruhen stets auf dem menschlichen Handeln und werden seit vielen hundert Jahren verwendet. Mit dem Begriff der Freiwilligkeit wird eine unabhängige und nicht von äußeren Einflüssen bestimmte Verhaltensweise beschrieben, wohingegen der Begriff Pflicht stets im Zusammenhang mit einem Zwang steht. Jede Handlung hat eine bestimmte Absicht und dient zur Zielerreichung. Zur Erreichung des Ziels werden verschiedene Mittel verwendet, die entweder effektiv oder nicht geeignet sind. Werden Mittel gewählt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht das gewünschte Ergebnis erreichen können, ist dem Handelnden ein irrationales Verhalten zu unterstellen.<sup>3</sup> Aufgrund fehlender Informationen führen diese Umstände zu einer unfreiwilligen Handlung, da nach Aristoteles eine Freiwilligkeit nur gegeben ist, wenn sich der Handelnde stets über jedes Detail seiner Handlung bewusst ist.<sup>4</sup> An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass nicht jede unfreiwillige

---

<sup>3</sup> Vgl. Fenner, Dagmar (2008): Ethik: Wie soll ich handeln?, Tübingen, S. 37.

<sup>4</sup> Vgl. Aristoteles (o.J.): Nikomachische Ethik, 1111a, 23 f., zitiert nach: Fenner, Dagmar (2008): Ethik: Wie soll ich handeln?, Tübingen, S. 37.

Handlung zwangsläufig zu ethischer Beanstandung führt, sondern unwichtig ist. Unwissenheit kann auch in Verbindung mit der Zielerreichung stehen, sodass das Ziel zu einem Ereignis führt, welches der Handelnde nicht gewusst hat. Das Ergebnis aus dieser Handlung kann für den Ausführenden sowohl positive als auch negative Effekte haben. Verallgemeinernd lässt sich festhalten, dass irrationales Verhalten zu vermeiden ist, um negative Handlungen aufgrund eines unzureichenden Wissensstands zu verhindern. Ebenfalls zählen Handlungen, die durch Dritte gesteuert werden, z.B. Androhung von Gewalt, zu unfreiwilligen Ausübungen.<sup>5</sup> Alltäglich werden die Menschen mit verschiedenen Anliegen konfrontiert und treffen Entscheidungen, obgleich diese freiwillig oder unfreiwillig sind. Diese Begriffsklärungen dienen als Grundlage für die Überlegung der Umwandlung einer freiwilligen Privat-Haftpflichtversicherung in eine Pflichtversicherung. Betrachten wir die aktuelle Situation in Deutschland, so besteht Vertragsfreiheit, d.h. jedem Bürger steht die Möglichkeit frei, einen Vertrag abzuschließen oder nicht. Nachfolgend werden die gewonnenen Erkenntnisse auf die Versicherungsbranche übertragen. Aktuell wird dem Verbraucher der Abschluss freigestellt, sodass kein äußerer Zwang vorliegt. Auf der anderen Seite verfügt eine Vielzahl der Personen nicht über den Kenntnisstand, welchen alltäglichen Risiken sie ausgesetzt sind. Es ist anzunehmen, dass die Mehrheit nicht die Absicht hat, einen Dritten zu schädigen. Somit handelt es sich bei dieser Konstellation bereits um eine unfreiwillige Handlung, die unter Umständen eines bestimmten Zwangs bedarf. Mit dem Gedanken der Einführung einer Pflichtversicherung beschreibt Prof. Dr. Ulrich Magnus das Anliegen wie folgt:

„Die Pflichtversicherung, also der staatlich gesetzte Zwang, sich versichern und für einen vielleicht nie eintretenden Versicherungsfall vorweg Prämien zahlen zu müssen, bewegt sich auf einem schmalen Grat zwischen nützlicher, ja notwendiger Schadensvorsorge einerseits und übermäßiger, bevormundeter Freiheitsbeschränkung andererseits.“<sup>6</sup>

Anhand dieser Aussage wird deutlich, dass die Pflichtversicherung dem Schutz der Allgemeinheit dient. Dem steht allerdings die Beschränkung der Freiheit der Versicherungsnehmer entgegen. Pohlhausen stellte die Frage, inwieweit man den Versicherungsnehmer zu seinem Glück zwingen kann.<sup>7</sup> Glück bzw. Freiheit kann unter

---

<sup>5</sup> Vgl. Fenner (2008), S. 39.

<sup>6</sup> Magnus, Ulrich (2005): Ökonomische Analyse des Rechts, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 103.

<sup>7</sup> Vgl. Pohlhausen, Robert (2005): Pflichtversicherungen - aus Sicht der Versicherer, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 76.

---

Umständen auch in Verbindung mit einer Pflichtversicherung existieren, da hiermit das Vermögen der Schädiger geschützt wird und diese in ihren Handlungen und Lebensabläufen nicht beschränkt werden. Ähnlich der Kfz-Haftpflichtversicherung hätte auch hier der Verbraucher die freie Wahl zwischen den verschiedenen Versicherungsunternehmen und -tarifen, sodass er lediglich dem Versicherungszwang unterliegt und seine eigenen Handlungen gegenüber Dritten absichert. Abschließend lässt sich festhalten, dass die unfreiwilligen Handlungen durch diverse Faktoren beeinflusst werden können, so auch mittels einer Pflichtversicherung.

## 2 Theoretische Rahmenbedingungen und begriffliche Grundlagen

### 2.1 Gesetzliche Schadenersatzpflicht und Haftpflichtrecht

Die Bedeutung von Haftpflicht ist die Verpflichtung zum Schadenersatz. Diese Definition führt dazu, dass der Schadenverursacher für den entstandenen Fremdschaden mit seinem Vermögen und Eigentum haftet.<sup>8</sup> Die ursächliche Ereignis kann unter anderem durch Missgeschick oder aber auch vorsätzlich herbeigeführt werden. Für die Bestimmung der Höhe der Ersatzleistung wurden entsprechende Rechtsnormen eingeführt. Diese Rechtsnormen sorgen dafür, dass der Schadenersatz vom Geschädigten nicht in beliebiger Höhe festgesetzt werden kann. In Deutschland werden die Haftpflichtansprüche nach einer Vielzahl verschiedener Gesetze und Bestimmungen geregelt. Die Grundlage bildet das Bürgerliche Gesetzbuch, gefolgt von dem Straßenverkehrsgesetz, dem Umwelthaftungsgesetz oder dem Haftpflichtgesetz. Diese genannten Gesetze sollen nur einen kleinen Einblick in die deutsche Gesetzlichkeit aufzeigen. Neben allgemeinen Gesetzen gibt es eine Vielzahl von Spezialgesetzen, welche die allgemeinen Gesetze ergänzen oder abweichend davon nur bestimmte Einzelfälle regeln. Neben den gesetzlichen Haftpflichtbestimmungen besteht die Möglichkeit, den Haftungsumfang zwischen den Parteien durch rein vertragliche Bestimmungen zu erweitern, beispielsweise um eine Konventionalstrafe.<sup>9</sup> Somit bilden die gesetzliche Haftpflicht und die rein vertragliche Haftung die Grundlagen des Haftpflichtrechts.

Die gesetzliche Haftpflicht im Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuches unterscheidet zwei Haftungsarten, zum einen die Kontrakthaftung und zum anderen die Delikthaftung. Die Kontrakthaftung regelt Pflichtverletzungen aus Vertragsverhältnissen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Mietverträgen, Kaufverträgen oder Werkverträgen.<sup>10</sup> Bei dieser Haftungsart ist der Geschädigte verpflichtet, dem Schädiger ein schuldhaftes Verhalten nachzuweisen. Das Verschulden ist der übergeordnete Begriff

---

<sup>8</sup> Vgl. Eichenauer, Herbert u.a. (2013): Versicherungen und Finanzen 3, 5. Auflage, Haan-Gruiten, S. 192.

<sup>9</sup> Vgl. Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWV) e.V. (Hrsg.) (2009): Ausbildungsliteratur Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung, Kaufmann für Versicherungen und Finanzen, Kauffrau für Versicherungen und Finanzen, Geprüfter Versicherungsfachmann IHK, Geprüfte Versicherungsfachfrau IHK, Karlsruhe, S. 5.

<sup>10</sup> Vgl. ebd.

der Schuldformen Vorsatz und Fahrlässigkeit, welche im § 276 BGB geregelt sind.<sup>11</sup> Nach strafrechtlichen Grundlagen werden weitere Differenzierungen vorgenommen: Der Vorsatz wird unterschieden in Absicht (dolus directus 1. Grades), direkter Vorsatz oder Wissentlichkeit (dolus directus 2. Grades) und bedingter Vorsatz (dolus eventualis).<sup>12</sup> Die Anwendung dieser Unterscheidungen ist beispielsweise in der D&O-Versicherung relevant.

Wer die erforderliche Sorgfalt im Verkehr außer Acht lässt, handelt fahrlässig. Wer hingegen bewusst und absichtlich einen Schaden herbeiführt, handelt vorsätzlich. Wenn der Schädiger eine bestimmte Person verletzt, wird von Absicht gesprochen. Direkter Vorsatz liegt vor, wenn die Verletzung einer Person aus einer Gruppe von mehreren Personen möglich ist. Um bedingten Vorsatz handelt es sich, wenn sich der Schädiger bewusst ist, jemanden verletzen zu können, und die Handlung dennoch ausführt. Die Fahrlässigkeit unterscheidet die grobe Fahrlässigkeit, bei der ein Schädiger davon ausgeht, niemanden zu verletzen, und die leichte Fahrlässigkeit, bei der das Schadensereignis versehentlich erfolgte.<sup>13</sup> Erst dann hat der Anspruchsteller die Möglichkeit, seinen Schadenersatzanspruch nach den gesetzlichen Bestimmungen geltend zu machen.

Die Deliktshaftung hingegen regelt die außervertragliche Haftung. Hier bestehen bis zum Schadenseintritt keinerlei Beziehungen zwischen dem Schädiger und dem Geschädigten.<sup>14</sup> Die Deliktshaftung wird auch als Haftung aus unerlaubter Handlung bezeichnet und unterscheidet die reine Verschuldenshaftung, die Haftung aus vermutetem Verschulden und die Gefährdungshaftung. Bei der reinen Verschuldenshaftung handelt es sich um die Haftung aus eigenem Verschulden. Der Geschädigte muss ebenfalls, wie bei der Kontrakthaftung, dem Schädiger ein schuldhaftes Verhalten nachweisen. Gestützt wird diese Regelung durch den § 823 Abs. 1 BGB<sup>15</sup>. Danach muss der Schädiger schuldhaft gehandelt haben, ein Rechtsgut verletzt haben und seine Handlung muss widerrechtlich gewesen sein. Bei dem verletzten Rechtsgut kann es sich um ein absolutes Recht, wie z.B. das Leben oder die Gesundheit, oder um ein sonstiges Recht, wie z.B. die Verletzung der Persönlichkeitsrechte, handeln. Eine widerrechtliche Handlung liegt vor, wenn es keine Rechtfertigungsgründe, wie

---

<sup>11</sup> Vgl. § 276 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>12</sup> Vothknecht, Michael (2006): Die „wissentliche Pflichtverletzung“ in der Vermögensschaden-Haftpflicht-/D&O-Versicherung, in: Phi, Heft 2/2006, S. 59.

<sup>13</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Ausbildungsliteratur, 2009), S. 14.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>15</sup> Vgl. § 823 Abs. 1 BGB.



beispielsweise Notwehr oder Selbsthilfe, gibt und das Unterlassen oder das Handeln zum Schadenseintritt geführt hat. Des Weiteren muss ein adäquater Kausalzusammenhang zwischen dem eingetretenen Schaden und der Rechts- oder Pflichtverletzung bestehen. Um den Schadenersatzanspruch geltend machen zu können, muss der Schädiger deliktsfähig sein. Die Deliktsfähigkeit wird in den §§ 827, 828 BGB definiert.<sup>16</sup> Wir unterscheiden die Deliktsunfähigkeit, die beschränkte Deliktsfähigkeit und die Deliktsfähigkeit. Minderjährige bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres und Minderjährige im Straßen- oder Schienenverkehr, die das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sowie Personen mit einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit können für einen durch sie verursachten Schaden nicht verantwortlich gemacht werden und sind damit deliktsunfähig. Mit Vollendung des siebten Lebensjahres, jedoch vor Vollendung des 18. Lebensjahres haften Minderjährige beschränkt, entsprechend ihrer Reife und Erkenntnis, die ihnen im Hinblick auf die Verantwortung ermöglichte. Personen mit Vollendung des 18. Lebensjahres und ohne Vorliegen einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit haften im vollen Umfang für ihre Handlung.<sup>17</sup>

Eine Entlastungsmöglichkeit hat der Schädiger bei der Haftung aus vermutetem Verschulden, denn hier kann der Schädiger nachweisen, dass er nicht schuldhaft gehandelt hat bzw. ihn kein Verschulden trifft.<sup>18</sup> Jedoch könnte eine andere Person zum Schadenersatz herangezogen werden. Es wird hier auch von der Haftung für Handlungen anderer Personen gesprochen. Das betrifft unter anderem den Geschäftsherrn, der nach § 831 BGB für seine Verrichtungsgehilfen haftet.<sup>19</sup> Demnach kann der Geschäftsherr sich lediglich seiner Haftung entziehen, wenn er nachweisen kann, dass er seinen Mitarbeiter sorgfältig ausgewählt, ordnungsgemäß unterrichtet und in regelmäßigen Abständen überwacht hat oder der Schaden trotz Einhaltung der erforderlichen Sorgfaltspflicht entstanden wäre. Auch die Haftung des Aufsichtspflichtigen nach § 832 BGB fällt unter diese Haftungsart.<sup>20</sup> Die Aufsichtspflicht wird in gesetzliche und vertragliche unterschieden. Die gesetzliche Aufsichtspflicht bezieht sich in der Regel auf die Eltern, Lehrer, Betreuer oder Ausbilder und die vertragliche z.B. auf Kindermädchen oder Leiter von Erziehungsanstalten. Eine Haftung liegt in diesem Fall vor, sobald der

---

<sup>16</sup> Vgl. §§ 827, 828 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>17</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 200 f.

<sup>18</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Ausbildungsliteratur, 2009), S. 6.

<sup>19</sup> Vgl. § 831 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>20</sup> Vgl. § 832 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

zu Beaufsichtigende eine widerrechtliche Handlung vollzieht. Ein Verschulden des Aufsichtspflichtigen muss nicht vorliegen, wird aber in jedem Fall vermutet. Eine Entlastungsmöglichkeit besteht hier ebenfalls, wenn eine Verletzung der Aufsichtspflicht nicht vorliegt oder aber der Schaden auch bei korrekter Beaufsichtigung entstanden wäre. „Die Rechtsprechung stellt strenge Anforderungen an die Aufsichtspflicht. Was jeweils an Aufsichtspflicht notwendig ist, hängt von den Umständen des konkreten Einzelfalls ab.“<sup>21</sup> Somit richtet sich der Umfang nach Alter, Charakter und Eigenart des zu Beaufsichtigenden in Verbindung mit der entsprechenden Situation.

Trifft den Schädiger kein Verschulden und muss er dennoch für den entstandenen Schaden aufkommen, so sprechen wir von der sogenannten Gefährdungshaftung. Es besteht eine erhöhte Gefahrenlage für die Allgemeinheit. Das betrifft unter anderem die Halter von Luxustieren. Unter Luxustieren werden Haustiere oder wilde Tiere verstanden, welche nicht als Nutztier gehalten werden. Die Tierhalter haften damit nach § 833 BGB für Personen- und Sachschäden, die durch allgemeine Tierreize, wie z.B. kratzen oder beißen, verursacht werden, verschuldensunabhängig.<sup>22</sup> Auch Hoteliers haften aus der reinen Gefährdung für den Verlust, die Beschädigung oder Zerstörung der von den Gästen eingebrachten Sachen nach § 701 BGB.<sup>23</sup> Einige Sondergesetze, wie das Wasserhaushaltsgesetz, Umwelthaftungsgesetz oder Straßenverkehrsgesetz, schreiben zum Teil die Gefährdungshaftung vor. Eine besondere Beachtung findet das Straßenverkehrsgesetz in den §§ 7, 8 StVG.<sup>24</sup> Dieses regelt die Haftung des Halters bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeugs. Eine Entlastungsmöglichkeit im Rahmen der Gefährdungshaftung besteht eventuell bei einem Schadenseintritt durch höhere Gewalt oder durch das Mitverschulden des Geschädigten.

Auch Bedienstete des Staates bzw. staatliche Organe können fehlerhaft handeln und somit ist zu prüfen, ob ein Haftungsanspruch gegen beide bestehen kann. Der § 839 BGB regelt die unerlaubte Handlung im Bereich der Amtshaftung.<sup>25</sup> Demnach haftet ein Beamter gegenüber einem Dritten bei einer schuldhaften Amtspflichtverletzung, wenn

---

<sup>21</sup> Eichenauer u.a. (2013), S. 215.

<sup>22</sup> Vgl. § 833 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist und BWV e.V. (Hrsg.) (Ausbildungsliteratur, 2009), S. 6 f.

<sup>23</sup> § 701 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>24</sup> §§ 7, 8 Straßenverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3313) geändert worden ist.

<sup>25</sup> Vgl. § 839 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

dessen Interessen auch wahrzunehmen waren. Bei einer fahrlässigen und nicht vorsätzlichen Handlung besteht ein subsidiärer Haftungsanspruch gegen den Beamten, wenn eine Befriedigung des Schadenersatzes des Geschädigten auf andere Weise nicht möglich ist. In Verbindung des § 839 BGB und GG Art. 34 wird die sogenannte Staatshaftung beschrieben.<sup>26</sup> Der Staat haftet allein, wenn der Beamte in seiner hoheitlichen Tätigkeit, z.B. der Lehrer in seiner Tätigkeit, handelt. Es besteht lediglich die Möglichkeit eines Regresses, sofern der Beamte grob fahrlässig oder vorsätzlich den Schaden herbeigeführt hat. Im Gegenzug haftet der Beamte persönlich, wenn er privatrechtlich z.B. die Vermietung von Gemeindehäusern übernimmt. Es handelt sich hierbei um die fiskalische Tätigkeit eines Beamten.<sup>27</sup>

Sind an einem Schaden mehrere Personen beteiligt, sieht § 840 BGB eine gesamtschuldnerische Haftung der Verantwortlichen vor.<sup>28</sup> Damit kann im Außenverhältnis der Geschädigte den gesamten Schadenersatz von einer Person fordern. Zwischen den Schadensverursachern besteht im Innenverhältnis eine Ausgleichspflicht, d.h. alle Beteiligten haften im gleichen Umfang untereinander.<sup>29</sup>

## 2.2 Die Allgemeine Haftpflichtversicherung

„Die Haftpflichtversicherung ist in allen privaten und beruflichen Bereichen zu Hause, sei es als beständige Mahnung an unser Verhalten, verursachten Schaden ausgleichen zu müssen, sei es als Hilfe, unser Vermögen vor Ersatzansprüchen schützen zu können.“<sup>30</sup>

Diese Versicherung stützt sich auf das allgemeine gesetzliche Haftpflichtrecht, dessen Grundlagen und Bestimmungen im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt sind. Wie bereits in den vorangegangenen Erläuterungen erwähnt, haftet der Schädiger für einen Schaden unter Umständen unbegrenzt mit seinem Einkommen und Vermögen. Eine Haftpflichtversicherung hat drei Hauptaufgaben. Zum einen prüft sie, ob der Schädiger überhaupt gegenüber dem Geschädigten haften muss.<sup>31</sup> Ist der Schädiger zum Schadenersatz verpflichtet, bietet die Versicherung zum einen Schutz des Schädigers für

---

<sup>26</sup> Vgl. § 839 BGB und Art. 34 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2012 (BGBl. I S. 1478) geändert worden ist.

<sup>27</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 220.

<sup>28</sup> Vgl. § 840 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>29</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 222.

<sup>30</sup> Heimbücher, Bruno (2003): Deckungsprozesse in „Haftpflicht“, in: Versicherungswirtschaft vom 15.03.2003, 58. Jg., Nr. 06, S. 424.

<sup>31</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 262.

sein bestehendes Vermögen und Einkommen. Auf der anderen Seite werden die Schadenersatzansprüche der Anspruchsteller befriedigt. Eine wichtige andere Aufgabe der Haftpflicht-Versicherung ist es, unberechtigte Schadenersatzansprüche gegen den Versicherungsnehmer abzuwehren. Führt eine Ablehnung zu einem Rechtsstreit mit dem Anspruchsteller, erstreckt sich der Versicherungsschutz auf die Gewährung eines passiven Rechtsschutzes. Dabei führt der Haftpflichtversicherer den Rechtsstreit im Namen des Versicherungsnehmers und übernimmt dafür die Kosten. Bei der Prüfung müssen ein Verschulden und ein Tatbestand evtl. mit Beweisen festgestellt werden.<sup>32</sup> Im Rahmen der Haftpflichtversicherung entstehen zwei Rechtsverhältnisse: Zum einen zwischen dem Versicherungsnehmer bzw. Schädiger und dem Versicherer, und zum anderen richtet der Geschädigte seinen Anspruch gegen den Schädiger. In der Regel besteht zwischen dem Anspruchsteller und dem Versicherer kein Direktanspruch, da ein Vertragsverhältnis zwischen den Parteien nicht besteht. Eine Ausnahme bildet z.B. die Kraftfahrzeughaftpflicht-Versicherung. Hier kann der Versicherer in der Vertretung des Versicherungsnehmers handeln.

Generell ist die Haftpflichtversicherung der Schadens- und Vermögensversicherung zuzuordnen, da im Schadenfall ein bestimmter Bedarf abgedeckt wird und die Schäden am Vermögen des Kunden abwehrt. Die Haftpflichtversicherung bildet den übergeordneten Begriff einer Vielzahl verschiedener Haftpflichtarten. Diese können sowohl den beruflichen, privaten als auch geschäftlichen Bereich absichern. Da bestimmte Verrichtungen oder Berufe ein erhöhtes Risiko darstellen, schreibt der Gesetzgeber sogenannte Pflichtversicherungen vor. Diese sind notwendig, da häufig die finanzielle Situation des Schädigers zur Befriedigung des Schadens nicht ausreicht.<sup>33</sup> Andernfalls handelt es sich um eine freiwillige Versicherung, deren Abschluss der Entscheidung der einzelnen Person obliegt. Das VVG bildet neben den gesetzlichen Vorschriften im BGB einen großen Anteil wichtiger Regelungen ab. Dennoch hat jedes Versicherungsunternehmen die Möglichkeit, die vertraglichen Grundlagen und Leistungsbausteine nach den allgemeinen Versicherungsbedingungen, durch besondere Bedingungen bzw. Risikoerweiterungen zu ergänzen. Da während der Vertragslaufzeit Änderungen entstehen können, wie z.B. der Kauf eines Hundes, ist im Rahmen der allgemeinen Bedingungen eine Vorsorgeversicherung eingeschlossen. Wie der Name bereits erahnen lässt, handelt es sich hierbei um einen vorläufigen Versicherungsschutz. Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, ein neues Risiko binnen eines Monats nach

---

<sup>32</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 263.

<sup>33</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Ausbildungsliteratur, 2009), S. 77.

Aufforderung durch den Versicherer anzuzeigen.<sup>34</sup> Die Aufforderung des Versicherers erfolgt in der Regel durch die Beitragsrechnung. Kommt der Kunde seiner Anzeigepflicht nicht nach, so wird der Versicherungsschutz wieder rückwirkend entzogen.

Für den Versicherungsschutz ist der Zeitpunkt des Schadenseintritts maßgeblich. Somit muss der Versicherungsvertrag durch Beitragszahlung begonnen haben und er darf zum Schadenszeitpunkt aufgrund einer Obliegenheitsverletzung nicht unterbrochen oder vertragstechnisch abgelaufen sein. Das BGB unterscheidet den Schadenersatz durch Wiederherstellung des Zustandes vor Schadenseintritt gemäß § 249 Abs. 1 BGB oder stattdessen den Schadenersatz in Geld durch § 249 Abs. 2 BGB und § 251 BGB, den der Anspruchsteller verlangen kann.<sup>35</sup>

## 2.3 Schadensarten und gesetzliche Einschränkungen

Der Versicherungsumfang im Rahmen der Allgemeinen Haftpflichtversicherung bietet Versicherungsschutz für Personen-, Sach- und Vermögensschäden.<sup>36</sup> Generell ist die Befriedigung des Schadenersatzes durch Wiederherstellung der beschädigten Sache oder durch eine Entschädigung gegen Geld möglich. Je nach Schadensart wird die Entschädigungsleistung durch Deckungssummen begrenzt. Diese Maximalleistungen können individuell durch die Versicherungsunternehmen festgelegt werden.

Personenschäden müssen zwischen materiellen und immateriellen Schäden sowie Folgeschäden abgegrenzt werden. Grundsätzlich liegt ein Personenschaden nach § 823 Abs. 1 BGB vor, sobald ein Mensch in seiner Gesundheit verletzt oder gar getötet wird.<sup>37</sup> Der Verletzte kann im Rahmen der materiellen Personenschäden die Übernahme der Heilkosten verlangen. Darunter fallen unter anderem auch Geldaufwendungen, wie z.B. Krankenhaus- bzw. Arztkosten, die der Gesundheitsgenesung dienen. Außerdem werden die Besuchskosten naher Verwandter ersetzt.<sup>38</sup> Personenfolgeschäden im Rahmen des BGB entstehen durch Verdienstaufgang gemäß § 252 BGB oder durch Mehraufwendungen für erhöhte Bedürfnisse, wenn beispielsweise die verletzte Person

---

<sup>34</sup> Vgl. Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWV) e.V. (Hrsg.) (2008): Bedingungswerk 2. Proximus Versicherung, Kaufmann für Versicherungen und Finanzen, Kauffrau für Versicherungen und Finanzen - Versicherungsfachmann, Karlsruhe, S. 394.

<sup>35</sup> Vgl. §§ 249, 251 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>36</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Bedingungswerk 2, 2008), S. 393.

<sup>37</sup> Vgl. § 823 Abs. 1 BGB.

<sup>38</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 233.

Unterstützung durch eine Pflegekraft benötigt.<sup>39</sup> Bei immateriellen Schäden fordert der Geschädigte den Schadenersatz in Geld. Gemäß § 253 BGB sieht das Gesetz in der Regel eine Geldentschädigung nicht vor.<sup>40</sup> Eine Ausnahme bildet jedoch das Schmerzensgeld. Ein Anspruch auf Schmerzensgeld entsteht mit der Verletzung eines Rechtsgutes im Rahmen der Gefährdungs-, Verschuldens- und Vertragshaftung. Dabei sind die Verletzung von Persönlichkeitsrechten sowie Ansprüche wegen psychischer Erschütterung inbegriffen. Dieser immaterielle Anspruch hat die Funktion, dem Geschädigten für die entstandenen Schmerzen eine angemessene Entschädigung zu bieten, da der Unfall nicht schuldhaft herbeigeführt wurde. Zum anderen dient es auch der Genugtuung, wenn die Verletzung fahrlässig oder vorsätzlich begangen wurde.<sup>41</sup> Die Höhe der Geldentschädigung richtet sich, neben dem Ausmaß der Verletzung, auch nach dem Grad des Verschuldens des Schädigers. Auch ein eventuelles Mitverschulden des Geschädigten muss berücksichtigt werden. Die Schadensbemessung hängt außerdem von den finanziellen Verhältnissen beider Parteien ab und davon, wodurch der Schaden entstanden ist. In der Praxis kommen mittlerweile sogenannte Schmerzensgeldtabellen zum Einsatz, die je nach Verletzung einen Richtwert darstellen können. Sollten die Parteien sich nicht einigen können, wird der Schaden durch Gerichtsentscheidungen festgelegt.<sup>42</sup> Im Falle eines Todesfalls geht der Anspruch auf die Hinterbliebenen über. Bei den genannten Schadenersatzleistungen bezieht es sich ausschließlich auf erhebliche Verletzungen.

„Ausdrücklich ausgenommen sind daher wirklich unerhebliche Verletzungen mit geringen [sic!] und vorübergehendem Einfluss auf das Allgemeinbefinden, wie Kopfschmerzen, Schürf- bzw. Schnittwunden, Prellungen und leichte HWS- Verletzungen ersten Grades usw. Ohne starre Vorgabe einer Geldsumme ist hier an Schäden gedacht, die zu Schmerzensgeldfestsetzungen von unter 500,00€ führen würden.“<sup>43</sup>

Der Sachschaden beschreibt im Allgemeinen die Zerstörung oder Beschädigung einer Sache und wird im § 249 BGB geregelt.<sup>44</sup> Unter diesen Tatbestand fallen ebenso die Vernichtung oder der Verlust des Gegenstandes. In erster Linie handelt es sich bei der Wiederherstellung von Sachschäden um Reparaturkosten, da der Zustand vor

---

<sup>39</sup> Vgl. § 252 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>40</sup> Vgl. § 253 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>41</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 235.

<sup>42</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 236.

<sup>43</sup> Eichenauer u.a. (2013), S. 235.

<sup>44</sup> Vgl. § 249 BGB.

Schadenseintritt wieder herzustellen ist. Da die Reparaturmaßnahmen nicht immer möglich sind oder aufgrund eines Totalschadens nicht in Betracht kommen, wird bei der Zerstörung ein entsprechender Wertersatz geleistet. Dieser Wertersatz entspricht dem Zeitwert der beschädigten Sache vor Schadenseintritt.<sup>45</sup> Damit soll dem Anspruchsteller die Wiederbeschaffung eines gleichwertigen Gutes gewährleistet werden. Wenn jedoch nach der Schadensbegutachtung kein Totalschaden festgestellt wird, kommt die Reparatur der beschädigten Sache in Frage. Trotz einer ordnungsmäßigen und technischen Reparaturmaßnahme kann es dazu kommen, dass der frühere Zustand nicht hergestellt werden kann. Des Weiteren kann der Verkaufswert aufgrund des Verdachts auf weitere verborgene Mängel gemindert werden. In diesen Fällen besteht zusätzlich ein Anspruch auf Vermögensfolgeschäden durch Wertminderung. Die mit der Reparaturmaßnahme oder Wiederbeschaffung verbundenen Nachteile müssen laut § 252 BGB von dem Schädiger übernommen werden.<sup>46</sup> Dazu zählen entgangene Gewinne oder Mietkosten für einen vorübergehenden Ersatz. Macht der Geschädigte davon keinen Gebrauch, kann er einen angemessenen Nutzungsausfall verlangen. Die Kosten für die Dauer des Ausfalls sind gesetzlich nur für Wirtschaftsgüter, wie Gebäude oder Kraftfahrzeuge, vorgesehen. Beschädigte Luxusgüter finden für diesen Punkt keine Anwendung.<sup>47</sup>

Die Vermögensschäden werden in echte und unechte Vermögensschäden unterschieden. Während der echte Vermögensschaden einen rein finanziellen Schaden zur Folge hat, ist die Grundlage eines unechten Vermögensschadens ein vorangegangener Personen- oder Sachschaden mit der Folge eines zusätzlichen finanziellen Schadens. Wurde also weder eine Person verletzt oder getötet und keine Sache beschädigt, handelt es sich um den echten Vermögensschaden, der auch häufig als sogenannter reiner Vermögensschaden bezeichnet wird.<sup>48</sup> In der Regel entsteht dieser aus einer Vertragsverletzung heraus und somit kann ein Haftungsanspruch nur im Rahmen eines bestehenden Vertragsverhältnisses bestehen. Der Vertragspartner haftet für sein Verschulden gegenüber dem Geschädigten. Ist jedoch der Vermögensschaden aufgrund eines Delikts eingetreten, ist der Schädiger grundsätzlich nicht leistungspflichtig, sofern er nicht gleichzeitig gegen ein Schutzgesetz verstoßen hat.

Wie bereits im Kapitel 2.1 benannt, gelten starre Regelungen im Bereich der Gefährdungshaftung. Demnach sieht der Gesetzgeber in einigen Fällen Haftungsbegrenzungen vor. Im § 12 Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes ist z.B. eine

---

<sup>45</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 236.

<sup>46</sup> Vgl. § 252 BGB.

<sup>47</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 237.

<sup>48</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Ausbildungsliteratur, 2009), S. 88.

Haftungshöchstsumme in Höhe von 5 Mio. Euro für Personenschäden und 1 Mio. Euro für Sachschäden festgelegt.<sup>49</sup> Ein anderes Beispiel für Haftungssummen ist im § 702 Abs. 1 BGB geregelt.<sup>50</sup> In diesem Fall haftet der Hotelier für Schäden an den eingebrachten Sachen der Beherbergungspersonen bis zu 3.500,00 EUR. Dieser Betrag wird auf 800,00 EUR reduziert, sofern es sich um Wertpapiere, Geld oder Kostbarkeiten handelt.

Weitere gesetzliche Einschränkungen im § 254 BGB können durch das Mitverschulden des Geschädigten erlangt werden.<sup>51</sup> Das mitwirkende Verschulden führt entweder zu einer Kürzung des Schadenersatzes durch Quotelung zwischen Schädiger und Geschädigtem oder im schlimmsten Fall wird der Schädiger von der Ersatzpflicht freigesprochen. Diese Schäden können u.a. aufgrund des Verhaltens des Geschädigten oder bei Unterlassung und nicht ordnungsgemäßer Schadensabwendung bzw. Schadensminderung entstehen. Das Verhalten des Geschädigten muss schuldhaft gewesen sein und durch den Schädiger bewiesen werden.<sup>52</sup> Bei Unterlassungsansprüchen geht der Gesetzgeber davon aus, dass der Anspruchsteller den Schadensverursacher nicht ausreichend über die besondere Gefahr informiert hat. Des Weiteren ist ein erkennbarer Schaden abzuwenden und Folgeschäden sind im angemessenen Verhältnis zu mindern.

Eine Minderung des Schadenersatzanspruches erfolgt auch gemäß § 255 BGB bei einem Vorteilsausgleich, bei dem eine Bereicherung aufgrund des Schadens verhindert wird.<sup>53</sup> Der Anspruchsteller hat laut §§ 199 und 200 BGB die Möglichkeit, Schadenersatzforderungen innerhalb von drei Jahren zum Ende des Kalenderjahres, sofern der Schadenseintritt ihm bekannt war, geltend zu machen.<sup>54</sup> Erfährt er hingegen von der Pflichtverletzung erst später, beginnt die Frist ab Kenntniserlangung, jedoch verjähren die Ansprüche spätestens nach 30 Jahren ab dem Zeitpunkt der Handlung. Diese

---

<sup>49</sup> Vgl. § 12 Abs. 1 Straßenverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3313) geändert worden ist.

<sup>50</sup> § 702 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>51</sup> § 254 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>52</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 239.

<sup>53</sup> Vgl. § 255 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

<sup>54</sup> Vgl. §§ 199, 200 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.



Regelungen beziehen sich auf Schäden durch unerlaubte Handlungen aus Vertragsverhältnissen oder der Gefährdungshaftung.

## 2.4 Die Privat-Haftpflichtversicherung

Die private Haftpflichtversicherung ist eine der wichtigsten und am häufigsten vorkommenden Vertragsarten. Sie zählt zu den freiwilligen Versicherungen und deren Grundlagen bilden die Allgemeine Haftpflichtversicherung sowie das Haftpflichtrecht und die gesetzliche Schadenersatzpflicht, die in den vorangegangenen Kapiteln bereits erläutert worden sind. Jedem Vertrag liegen entsprechende Allgemeine Haftpflichtversicherungsbedingungen zugrunde, die durch besondere Bedingungen ergänzt werden. Da jedes Unternehmen eigene Risikoerweiterungen definieren kann, nutzt der Verfasser das Bedingungswerk 2 der Proximus Versicherung. Der Versicherungsschutz umfasst, gemäß Ziffer 1 Satz 1 RBE-Privat, die Risiken des täglichen Lebens einer Privatperson für die gesetzliche Haftpflicht.<sup>55</sup> Die Risiken werden außerdem nach primären und subjektiven Gesichtspunkten unterschieden. Primäre Begrenzungen beziehen sich auf den allgemeinen Versicherungsschutz, welche durch subjektive Deklarationen wieder ausgeschlossen werden können. Diese Versicherung bietet demnach Kostendeckung für alle Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die im privaten Sektor eintreten können. Je nach Tarifvariante gibt es unterschiedliche Deckungssummen für die versicherten Gefahren. Die marktüblichen Summenbegrenzungen liegen bei Personen- und Sachschäden pauschal im Bereichen zwischen 1 Million und 5 Millionen und für Vermögensschäden bei ca. 100.000 € je Schadenfall.<sup>56</sup> Des Weiteren sind die Deckungssummen gemäß Ziffer 6.2 AHB 2008 Proximus Versicherung auf das Zweifache je Kalenderjahr begrenzt.<sup>57</sup> Ebenfalls mitversichert sind die Kosten eines Rechtsstreits zur Schadensabwehr, welche in den genannten Entschädigungsgrenzen nicht berücksichtigt werden. Neben den versicherten Leistungen sehen manche Tarife eine Selbstbeteiligung des Kunden im Schadenfall vor, um die Schadenquote relativ gering zu halten und die Menschen zu einem schadenverhütenden Verhalten zu animieren. Im Rahmen der Privat-Haftpflichtversicherung besteht neben dem Schutz des Versicherungsnehmers laut Ziffer 1.1 - 1.6 RBE Privat 2008 Proximus Versicherung ebenso Versicherungsschutz für alle mitversicherten Personen.<sup>58</sup> Zu diesem Personenkreis zählen Familienangehörige, z.B. Ehegatten, Lebensgefährten und unverheiratete Kinder, solange sie sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden, sowie Personen,

---

<sup>55</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Bedingungswerk 2, 2008), S. 404.

<sup>56</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 264.

<sup>57</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Bedingungswerk 2, 2008), S. 394.

<sup>58</sup> Vgl. ebd., S. 404 ff.

die im Haushalt des Versicherten tätig sind, z.B. Haushalthilfen oder Babysitter. Zu den Risikobereichen zählen unter anderem Freizeit und Sport, Auslandsaufenthalte, Familie, Tiere, Haus und Wohnung etc. Nachfolgend wird die Verfasserin die Gefahren der einzelnen Bereiche verdeutlichen. Nach § 832 BGB besteht eine gesetzliche Haftung des Aufsichtspflichtigen für Schäden, die durch minderjährige Kinder oder Personen, die in ihrer körperlichen oder geistigen Fähigkeit eingeschränkt sind, entstehen.<sup>59</sup> In Bezug auf den Haftungsanspruch besteht die Möglichkeit eines Freispruchs, sofern die erforderliche Sorgfalt nicht verletzt wurde bzw. der Schaden trotz dessen eingetreten wäre. Im Bereich Haushalt und Familie wird u.a. dieses Risiko für die Beaufsichtigung der eigenen und fremden Kinder bis zu einer Anzahl von 5 mit abgesichert. Des Weiteren fallen unter diesen Punkt die Haftung eines bestellten Betreuers sowie der Versicherte als Dienstherr von Hauspersonal.<sup>60</sup> Als Mieter wie als Eigentümer eines Einfamilienhauses, Ferienhauses oder einer Wohnung ist jeder einem besonderen Risiko ausgesetzt. Als Eigentümer besteht unter anderem Versicherungsschutz für die Vermietung von Einliegerwohnungen, als Bauherr bis zu einer Bausumme von 50.000 € oder für Abwässerschäden inkl. Rückstau. Als Mieter übernimmt die private Haftpflichtversicherung Schäden an gemieteten Wohnräumen, z.B. Beschädigung des Parkettfußbodens. Neben den bereits genannten Leistungsarten zählen sowohl der Verlust fremder Schlüssel als auch Mietsachschäden in einer Reiseunterkunft zu dem Zweig Haus und Wohnung.<sup>61</sup> Der Versicherungsumfang erstreckt sich gemäß Ziffer 4 RBE-Privat auch auf die gesetzliche Haftpflicht als Radfahrer, Fußgänger oder beim Sport. Neben den Schäden, die durch die Ausübung von Sport oder den Gebrauch von Sportgeräten, z.B. Windsurfbrettern, entstehen, sind Schäden durch elektronischen Datenaustausch eingeschlossen. Ein weiterer Deckungsbaustein ist der Versicherungsschutz für Schäden, die durch zahme Haustiere verursacht werden.<sup>62</sup> Zu zahmen Tieren zählen Katzen, Vögel, Meerschweinchen, Hasen und viele andere Kleintiere. Ausgeschlossen sind Hunde, hierfür ist ein separater Versicherungsschutz über eine Hundehalter-Haftpflichtversicherung notwendig. Da die Kostenstruktur im Ausland eine ganz andere als in Deutschland sein kann, ist der Versicherungsschutz von Auslandsaufenthalten unverzichtbar. Die RBE-Privat Ziffer 7 unterscheidet nach Auslandsaufenthalten innerhalb Europas inkl. der Gebiete, die zur Europäischen Union gehören, und außerhalb der genannten Bereiche. Die Versicherungssummen bleiben im Ausland unverändert, jedoch ist im außereuropäischen Bereich der Versicherungsschutz auf ein Jahr begrenzt.

---

<sup>59</sup> Vgl. § 832 BGB.

<sup>60</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Bedingungswerk 2, 2008), S. 405.

<sup>61</sup> Vgl. ebd., S. 405 ff.

<sup>62</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Bedingungswerk 2, 2008), S. 408.

Da die Privat-Haftpflichtversicherung zu den freiwilligen Versicherungen zählt, wird jeder Person der Abschluss freigestellt. Aus dieser Konsequenz kam es in der Vergangenheit vermehrt zu Schäden, die nicht reguliert werden konnten, da der Schädiger nicht die finanziellen Mittel bereitstellen konnte. Um den Geschädigten eine Alternative bieten zu können, führten Versicherer eine Forderungsausfalldeckung ein. Dieser Deckungsbaustein kann gegen Mehrbeitrag in den Vertrag eingeschlossen werden und bietet im Rahmen der Privat-Haftpflichtversicherung Versicherungsschutz für die im Vertrag versicherten Personen gegen Schäden, die ihnen zugefügt wurden, für die sie aber aufgrund einer nicht vorhandenen Haftpflicht oder mangels entsprechenden Vermögens des Schädigers keine Leistung erhalten hätten. Ab einer Schadenssumme in Höhe von 2.500 € übernimmt der Versicherer die Schadenersatzleistung gegenüber seinen eigenen Kunden, unter der Voraussetzung einer erfolglosen Zwangsvollstreckung. Der Vorteil liegt hierbei klar beim Kunden, da er seinen Schaden in jedem Fall ersetzt bekommt. Mit der Schadensregulierung durch den Versicherer geht der Anspruch auf das Unternehmen über und dieses stellt anschließend seine Regressansprüche an den Schädiger.<sup>63</sup>

Bei dieser Versicherungsform handelt es sich um keine Allgefahrendeckung, deswegen sehen die Vertragsbedingungen entsprechende Ausschlüsse zum Versicherungsschutz vor. Ansprüche gegen die versicherten Personen für Schäden, die auf vorsätzlichen Handlungen beruhen, gelten als nicht versichert. Des Weiteren sind solche Schäden nicht eingeschlossen, die sich die versicherten Personen untereinander zugefügt haben. Die Gefahren des Versicherungsnehmers in Ausübung seines Berufes, eines Amtes oder einer gefährlichen und ungewöhnlichen Beschäftigung sind in der Privat-Haftpflichtversicherung nicht versicherbar. Ausgenommen die Be- und Entladeschäden eines Pkw und der Gebrauch eines Segelbootes sowie Wassersportfahrzeugs sind Schäden durch den Gebrauch von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen nicht versichert. Die Entschädigungssumme bei Be- und Entladeschäden ist auf 500 € je Ereignis begrenzt.<sup>64</sup> Des Weiteren kann die private Haftpflichtversicherung um weitere Einschlüsse erweitert werden, z.B. um die Hundehalter-Haftpflichtversicherung, die Reit- und Zugtierhalter-Haftpflichtversicherung, die Haus- und Grundbesitzer-Haftpflichtversicherung, die Bauherren-Haftpflichtversicherung und die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung. Bei den genannten Versicherungen handelt es sich um Bausteine, die in die rein Privat-Haftpflichtversicherung nur eingeschränkt oder gar nicht eingeschlossen sind. Abschließend lässt sich festhalten, dass die Privat-Haftpflichtversicherung zwei wesentliche Leistungen umfasst, zum einen die Abwehr

---

<sup>63</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Bedingungswerk 2, 2008), S. 409.

<sup>64</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 292 ff.

unberechtigter Schadenersatzansprüche und zum anderen die Befriedigung berechtigter Schadenersatzansprüche.

In einem Versicherungsfall hat der Versicherungsnehmer eine Vielzahl von Obliegenheiten zu erfüllen. Zum einen hat er die Pflicht, den Schaden und eventuelle gerichtliche Schritte gegen ihn dem Versicherer unverzüglich anzuzeigen. Das kann zum Beispiel die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens oder der Erlass eines Strafbefehls sein. Außerdem hat er alles Zumutbare zur Schadensminderung zu unternehmen, indem er dem Versicherer den Schadenshergang wahrheitsgemäß wiedergibt und belegt. In der Regel hat der Kunde einen Anspruch nicht anzuerkennen, sofern der Versicherer dies nicht ausdrücklich genehmigt hat. Wenn der Versicherungsnehmer den Pflichten nicht nachkommt, hat der Versicherer das Recht, die Schadensregulierung entsprechend der Schwere zu kürzen oder ganz zu untersagen.

## 3 Aktuelle Versicherungssituation in Deutschland

### 3.1 Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung

Im Verlauf der Erläuterungen zu den begrifflichen Grundlagen wurde festgestellt, dass in Deutschland zwischen Pflichtversicherungen und freiwilligen Versicherungen unterschieden wird. Bei einer Pflichtversicherung ist der Abschluss kraft Gesetzes vorgeschrieben und steht in der Regel im Zusammenhang mit einem erhöhten Risiko aus Beruf oder einer Sache aus der Gefährdungshaftung heraus. Die Entstehung der Pflichtversicherungen in Deutschland ist bis in das 16. Jahrhundert auf die sogenannten Brandgilden in Bezug auf die Gebäudefeuerversicherung zurückzuführen.<sup>65</sup> Ebenso existieren Pflichtversicherungen im Bereich der Sozialversicherung. Durch die Gesundheitsreform im Jahr 2006 und die damit verbundene Gesetzesänderung zum 01.01.2009 ist beispielsweise jeder Bürger, dessen Wohnsitz in Deutschland liegt, verpflichtet, eine Krankheitskostenversicherung abzuschließen. Diese Versicherung muss eine Kostenerstattung für ambulante und stationäre Leistungen abdecken. In diesem Zusammenhang wurden die gesetzlichen Krankenkassen und private Versicherungsunternehmen dazu verpflichtet, Personen ohne eine bestehende Krankenversicherung im Rahmen des Basistarifs aufzunehmen. Wenn ein Verbraucher seine Krankenversicherung wechseln möchte, ist generell die Angabe des bisherigen Versicherers notwendig. Des Weiteren besteht im deutschen Sozialversicherungssystem für bestimmte Personengruppen die Versicherungspflicht für die gesetzliche Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung. Als fünfter Baustein dieses Systems sind Arbeitgeber dazu verpflichtet, ihre Mitarbeiter in der gesetzlichen Unfallversicherung zu versichern. Damit besteht Versicherungsschutz für Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Wegeunfälle.

Berufe, die nur mit einer vorhandenen Haftpflichtversicherung ausgeübt werden dürfen, sind z.B. Ärzte, Steuerberater und Anwälte.<sup>66</sup> Diese Personen müssen zwingend eine Berufs-Haftpflichtversicherung abschließen. Gerade in der Berufsgruppe der Ärzte steigt der Druck ungemein. Eine Haftpflichtversicherung, die z.B. Kunstfehler oder

---

<sup>65</sup> Vgl. Schulenburg, J.-Matthias Graf v. d. (2005): Pflichtversicherung - ein historischer Rückblick, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 21.

<sup>66</sup> Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Ausbildungsliteratur, 2009), S. 77.

Operationen nicht versichert, könnte unter Umständen dazu führen, dass Ärzten mit nicht ausreichendem Versicherungsschutz die Zulassung entzogen wird. Je höher sich der Versicherungsschutz erstrecken soll, umso weniger Unternehmen bieten eine entsprechende Versicherung an.<sup>67</sup> Eine weitere Pflichtversicherung besteht für den Arzneimittelhersteller nach § 94 Arzneimittelgesetz.<sup>68</sup> Demnach hat der Hersteller dafür Sorge zu tragen, dass Schäden durch die Nutzung des hergestellten Arzneimittels erstattet werden. Auch im privaten Bereich existiert eine Vielzahl von Pflichtversicherungen. Laut § 17 Abs. 1 BJagdG wird einem Jäger der Jagdschein entzogen, sofern er keine bestehende Jagd-Haftpflichtversicherung nachweisen kann.<sup>69</sup> Die einschlägige wissenschaftliche Literatur, in diesem Fall Farny, beschreibt die Versicherungspflicht wie folgt:

„Versicherungspflicht liegt vor, wenn eine Wirtschaftseinheit nicht autonom darüber entscheiden kann, ob sie ein bestimmtes Risiko versichert oder nicht, sondern Versicherungsschutz in bestimmter Form und mit bestimmtem Inhalt nehmen muss. Da die entgeltliche Versicherungsnahme im Wettbewerb zu anderen Mittelverwendungen steht, bedeutet Versicherungspflicht eine Wettbewerbsbeschränkung.“<sup>70</sup>

Farnys Definition wird durch die nachfolgend beschriebene Versicherung bestätigt. Eine Pflichtversicherung trifft jede Person, die selbst auf ihren Namen ein Fahrzeug zulassen möchte. Es handelt sich hierbei um die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, welche im Gesetz über die Pflichtversicherung von Kraftfahrzeughaltern und in der Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung geregelt ist. Die Verpflichtung zum Abschluss einer Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung wurde mit dem „Gesetz über die Einführung der Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter“ (Gesetz vom 7. November 1939, RGBl. I S. 2223) verkündet und 1940 in Deutschland eingeführt. Die Einführung war aufgrund des hohen Betriebsrisikos für den Gebrauch des Fahrzeugs unumgänglich, da dies eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellte. Demnach ist laut § 1 PflVG ein Fahrzeughalter verpflichtet, eine Versicherung gegen Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die durch den Gebrauch des Fahrzeugs entstehen, für den Eigentümer selbst sowie für den Fahrer abzuschließen, sofern der regelmäßige Standort in

---

<sup>67</sup> Vgl. Pohl, Detlef: Arzthaftpflicht: Der Markt schrumpft weiter, in: Deutsches Ärzteblatt (2013), URL: <http://www.aerzteblatt.de/archiv/133901/Arzthaftpflicht-Der-Markt-schrumpft-weiter.htm> (Zugriff am 17.07.2014).

<sup>68</sup> Vgl. § 94 Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel 2a des Gesetzes vom 27. März 2014 (BGBl. I S. 261) geändert worden ist.

<sup>69</sup> Vgl. § 17 Abs. 1 Bundesjagdgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Mai 2013 (BGBl. I S. 1386) geändert worden ist.

<sup>70</sup> Farny, Dieter (2011): Versicherungsbetriebslehre, 5. Auflage, Karlsruhe, S. 156.

Deutschland liegt und das Fahrzeug auf öffentlichen Wegen genutzt wird.<sup>71</sup> Aufgrund europarechtlicher Vorschriften wurde in Anlehnung an § 4 PflVG, welcher die Mindestanforderungen der Versicherung beinhaltet, per Gesetz zum 21.07.1994 die Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung beschlossen.<sup>72</sup> Dabei werden die Mindestvertragsbedingungen für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung geregelt, nach denen sich alle Versicherer richten müssen. Unter Maßgabe dieser Gesetze ist die Anmeldung eines Fahrzeugs ohne entsprechenden und nachgewiesenen Versicherungsschutz nicht möglich. Mit Hilfe einer elektronischen Versicherungsbestätigungsnummer bestätigen die Versicherungsunternehmen den Zulassungsstellen das Vorhandensein einer Kfz-Haftpflichtversicherung. Erst nach Überprüfung und Übermittlung ist die Zulassung von Fahrzeugen möglich. Und erst nach erfolgter Anmeldung darf das Fahrzeug im öffentlichen Straßenverkehr genutzt werden. Sollte der Fahrzeughalter die Versicherungsprämie nicht zahlen und der Versicherungsschutz wird gekündigt, so erhält das zuständige Meldeamt eine Rückmeldung. Das Fahrzeug muss nun außer Betrieb gesetzt werden, indem die Prüfplakette von dem Nummernschild entfernt wird. Erst nach erneuter Hinterlegung einer Versicherungsbestätigung kann das Fahrzeug wieder in Betrieb genommen werden. Eine weitere Rechtsquelle bildet das Ausländer-Pflichtversicherungsgesetz, in dem für bestimmte ausländische Fahrzeuge die Versicherungspflicht aufgezeigt wird. Neben den gesetzlichen Grundlagen bilden die vertraglichen Bedingungen der einzelnen Unternehmen den entsprechenden Versicherungsschutz. Gemäß § 1 Abs. 1 KfzPflVV erstreckt sich der Versicherungsschutz auf Europa und die außereuropäischen Gebiete, die zum Geltungsbereich der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehören.<sup>73</sup> Die Höhe der Versicherungssummen wird entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Landes gewährt, aber mindestens entsprechend den geltenden Deckungssummen in Deutschland. Die Versicherungspflicht hat den Grundgedanken, das Verkehrsoffer nach einem Unfall gegen die entsprechenden Folgen zu schützen.<sup>74</sup> Ausländische Fahrzeuge dürfen gemäß § 1 AuslPflVG auf öffentlichen Straßen und Plätzen nur gebraucht werden, wenn eine entsprechende Haftpflichtversicherung besteht.<sup>75</sup> Der Versicherungsumfang muss laut § 4 AuslPflVG den Mindestvertragsgestaltungen der deutschen Bedingungen

---

<sup>71</sup> Vgl. § 1 Pflichtversicherungsgesetz vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 213), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

<sup>72</sup> Vgl. § 4 Pflichtversicherungsgesetz vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 213), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

<sup>73</sup> Vgl. § 1 Abs. 1 Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1837), die zuletzt durch Artikel 5 der Verordnung vom 13. Januar 2012 (BGBl. I S. 103) geändert worden ist.

<sup>74</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 369.

<sup>75</sup> Vgl. § 1 Gesetz über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 925-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

entsprechen.<sup>76</sup> Bei der Kfz-Haftpflichtversicherung können die Preise stark voneinander abweichen, da eine Vielzahl von Versicherern diese Absicherung zu unterschiedlichen Tarifen anbietet. Somit ist ein ausgeglichener Wettbewerb gewährleistet.

In Deutschland gibt es eine Vielzahl verschiedener freiwilliger Versicherungen. Statistisch gesehen geben die Konsumenten weniger als 20 % ihres Einkommens für freiwillige Versicherungen aus.<sup>77</sup> Grund hierfür ist, dass die Versicherungsnehmer eine unterschiedlich ausgeprägte Risikoaversion haben. Menschen mit einer stark ausgeprägten Risikoaversion wollen in erster Linie ihr eigenes Hab und Gut gegen diverse Gefahren absichern, um im Schadenfall einen Teil oder den Gesamtwert erstattet zu bekommen. Des Weiteren nimmt der Schutz naher Verwandter ebenfalls einen hohen Stellenwert für den Abschluss einer Versicherung ein. Die Verbraucher möchten diese Personen finanziell und sozial entlasten.<sup>78</sup> Der Versicherungsmarkt unterteilt die Produkte und Leistungsarten in entsprechende Versicherungssparten bzw. Versicherungszweige. In der Regel wird zwischen der Kompositversicherung, Lebensversicherung und Krankenversicherung unterschieden. Die Kompositversicherung ist ein übergeordneter Begriff der unterschiedlichen Schadensversicherungen. Dazu zählen unter anderem die private Unfallversicherung, Hausratversicherung und Privat-Haftpflichtversicherung. Auch die Kfz-Versicherung wird dieser Sparte zugeordnet. Die Lebensversicherung erfasst zum einen private Rentenversicherungen, betriebliche Altersversorgungen sowie Lebensversicherungen auf den Todes- und Erlebensfall. Die Krankenversicherung hingegen bietet Versicherungsschutz für private Krankheitskostenversicherungen, Zusatzkrankenversicherung für ambulante, stationäre oder Zahnergänzungstarife. Dennoch gibt es eine hohe Anzahl an weiteren Versicherungsarten. Neben der KFZ-Versicherung und Krankheitskostenversicherung, bezugnehmend auf die oben genannten Versicherungen, hat jeder Bürger die freie Wahl, ob und welcher Versicherungsschutz gewünscht wird.

---

<sup>76</sup> Vgl. § 4 Gesetz über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 925-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

<sup>77</sup> Vgl. Michaels, Bernd (2005): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 4.

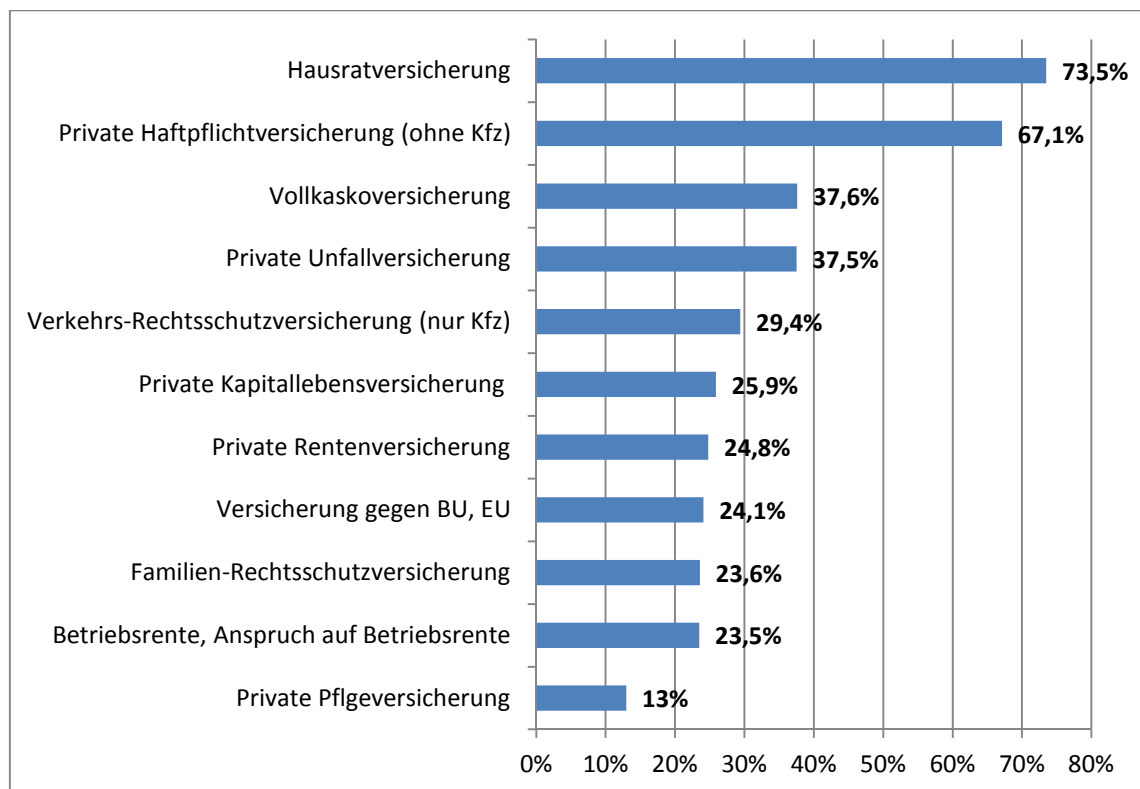
<sup>78</sup> Vgl. Schwintowski, Hans-Peter (2005): Pflichtversicherungen - aus Sicht der Verbraucher, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 49.



## 3.2 Bestehende Versorgungssituation - Marktdurchdringung

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat im Jahr 2014 private Haushalte über das Vorhandensein verschiedener Versicherungen befragt. Die Umfrage wurde in Deutschland durchgeführt und es nahmen Personen ab 14 Jahren daran teil. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Verteilung der bestehenden Versicherungen.

**Abb. 1: Verteilung des Versicherungsschutzes privater Haushalte in Deutschland im Jahr 2014**



Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an: Institut für Allensbach (Hrsg.) (2014): Verteilung des Versicherungsschutzes privater Haushalte in Deutschland im Jahr 2014, URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167890/umfrage/versicherungsschutz-der-haushalte-in-deutschland/> (Zugriff am 14.07.2014).

Erkennbar ist, dass die Hausratversicherungen und privaten Haftpflichtversicherungen einen hohen Anteil am deutschen Versicherungsmarkt ausmachen. Insgesamt existierten 2012 ca. 44,7 Millionen Verträge im Bereich der allgemeinen

Haftpflichtversicherung.<sup>79</sup> Die Statistik hat ergeben, dass ca. 73,5% aller Haushalte eine Hausratversicherung haben und sich der Anteil an bestehenden privaten Haftpflichtversicherungen auf 67,1% beläuft. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass die Deutschen die Notwendigkeit eher in der Hausratversicherung sehen als im Bereich der Haftpflichtversicherung. Der Unterschied ist ganz einfach und doch entscheidend. Während die Hausratversicherung das eigene Hab und Gut versichert, schützt die Haftpflichtversicherung gegen Schadenersatzansprüche z.B. durch einen Personenschaden. „Um im Falle solcher Katastrophen nicht von Schadenersatzansprüchen in den Ruin getrieben zu werden, ist für Familien eine Privathaftpflichtversicherung unerlässlich.“<sup>80</sup> Aber auch für potenzielle Geschädigte ist diese Statistik ausschlaggebend, da ca. 30 % keinen entsprechenden Versicherungsschutz nachweisen können und demnach ein Schaden eventuell nicht reguliert werden kann. Zu den nicht versicherten Personengruppen zählen häufig Personen, die sich kürzlich haben scheiden lassen. Ebenso fallen darunter Jugendliche, welche nicht mehr über den Vertrag ihrer Eltern versichert sind. Des Weiteren zählen Senioren dazu, da diese in der Regel glauben, den Versicherungsschutz nicht mehr zu benötigen.<sup>81</sup> Jedoch ereignen sich die meisten Unfälle in der Freizeit und im privaten Umfeld. Um allen Personengruppen einen optimalen Versicherungsschutz anbieten zu können, haben Versicherer spezielle Tarife für Senioren, Singles, Familien ohne Kinder oder Familien-Haftpflichtversicherungen eingeführt. Je nach Personengruppe werden entsprechende Nachlässe eingerechnet oder weitere Klauseln, wie z.B. Schäden durch deliktsunfähige Kinder, angeboten.

### 3.3 Schadenshöhe und Schadenshäufigkeiten

Die Notwendigkeit einer Haftpflichtversicherung und deren Auswirkungen bzw. Versicherungsumfang sollen nun anhand von zwei Fallbeispielen verdeutlicht werden. Es handelt sich zum einen um einen Personenschaden und zum anderen um einen Sachschaden. Diese Schäden haben sich tatsächlich ereignet, jedoch dürfen aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Namen und Versicherungsunternehmen benannt werden. Es werden lediglich der Schadenshergang, die Haftung sowie die Bearbeitung inklusive der Regulierungssummen beschrieben und aufgezeigt. Bei der Betrachtung des ersten Falles wird ein Personenschaden analysiert.

---

<sup>79</sup> Vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) (Hrsg.) (2013): Statistisches Taschenbuch der Versicherungswirtschaft 2013, 1. Auflage, Berlin, Tabelle 59.

<sup>80</sup> Hartmann, Axel (2008): Vorsorge. Sicher in die Zukunft, in: Focus Money vom 02.07.2008, Ausgabe 28, S. 64-70.

<sup>81</sup> Vgl. Schwintowski, Hans-Peter (2003): Pflicht einer Pflichtversicherung für Schäden durch Kinder?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11/2003, S. 394.

Es ereignete sich folgender Schadenshergang:

In einem Mehrfamilienhaus sind die Mieter gemäß Mietvertrag abwechselnd an der Hausordnung beteiligt. Die Reihenfolge wird durch einen Reinigungsplan entsprechend festgehalten. Neben der regulären Hausordnung fällt darunter auch im Winter die Räum- und Streupflicht. Im Laufe einer Nacht gab es erheblichen Schneefall, der das Grundstück sowie den Fußgängerweg vor dem Gebäude bedeckte. Der zuständige Mieter hatte verschlafen und eilte zur Arbeit. Dabei hatte er vergessen, seiner Räum- und Streupflicht nachzukommen. Als kurze Zeit später ein Passant den Gehweg passieren wollte, rutschte er auf dem fest gewordenen Schnee aus und zog sich einen schweren Beckenbruch zu. Der Verletzte musste umgehend in ein Krankenhaus transportiert werden und die Fraktur erforderte einen operativen Eingriff.

Haftung:

Bei der Prüfung der Schuldfrage haben sich der Verletzte und dessen Krankenkasse vorerst an den Eigentümer des Mehrfamilienhauses gewandt. Grund hierfür ist, dass der Gebäudeeigentümer aus der reinen Verschuldenshaftung für die Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht haftbar gemacht werden kann. In diesem Fall kann die Haftung auf den Mieter übertragen werden, da eine vertragliche Vereinbarung besteht, dass die Räum- und Streupflicht auf ihn übergegangen ist. Der Geschädigte kann seinen Schadenersatzanspruch gemäß § 823 BGB, u.a. wegen der Verletzung von Körper und Gesundheit, gegen den Mieter geltend machen.<sup>82</sup> Dem Mieter kann ein fahrlässiges Handeln nachgewiesen werden.

Bearbeitung und Regulierungssummen:

Der Schädiger hat eine bestehende Privat-Haftpflichtversicherung. Die Versicherungsprämie ist ausgeglichen und es liegt ein versicherter Personenschaden vor. In seiner Eigenschaft als Mieter hat er vereinbarungsgemäß, im Rahmen der Hausordnung, die Räum- und Streupflicht übernommen. In dem genannten Schadenfall wurden dem Schädiger die Kosten für die Arzt- und Heilbehandlungen, Hilfsmittel, Lohnfortzahlungen und weitere Kosten, die im direkten Zusammenhang mit dem Unfall standen, in Rechnung gestellt. Des Weiteren verlangte der Verletzte die Zahlung eines Schmerzensgeldes in Höhe von 3.000 €, der stattgegeben wurde. Insgesamt belief sich die Entschädigungszahlung auf 31.500 €, die durch die bestehende Privat-Haftpflichtversicherung übernommen wurde.

---

<sup>82</sup> Vgl. § 823 BGB.

Neben dem beschriebenen Personenschaden ereignet sich täglich eine Vielzahl von kleinen und mittleren Sachschäden. Der nachfolgende Schaden soll dies verdeutlichen.

#### Schadenshergang:

Bevor der Mieter seine Wohnung verlassen wollte, hat dieser noch eine Waschmaschine gefüllt und gestartet. Anschließend war er für mehrere Stunden unterwegs und der Waschvorgang war unbeaufsichtigt. Leider war die Waschmaschinentür nicht korrekt geschlossen, sodass während des Waschvorgangs Wasser ausgetreten ist. Das ausgetretene Wasser ist durch die Decke bis in die darunterliegende Wohnung durchgesickert. Der andere Mieter kam nach Hause und bemerkte beim Betreten seines Zimmers den Wasserschaden an der Decke. Ebenfalls wurden die in diesem Zimmer befindlichen Möbel beschädigt. Als der Schadensverursacher zu Hause eintraf, wartete bereits sein Nachbar auf ihn, um den Schaden zu melden und zu begutachten. Die Hausverwaltung und der Gebäudeeigentümer wurden umgehend über diesen Schaden in Kenntnis gesetzt und beauftragten entsprechende Reparaturfirmen. Das Ausmaß des Schadens wurde dabei noch deutlicher, da sich Wasser zwischen den Decken angesammelt hatte. So mussten die Bodenplatten der Wohnung des Schädigers geöffnet und getrocknet werden, ebenso war die Trocknung der Decke in der anderen Wohnung erforderlich. Hinzu kommen ebenso die Wiederinstandsetzungskosten beider Wohnungen.

#### Haftung:

Die Prüfung der Schuldfrage ist in diesem Fall eindeutig. Durch das Verlassen der Wohnung und die Nicht-Beaufsichtigung der Waschmaschine ist dem Mieter ein fahrlässiges Verhalten nachzuweisen. Die Geschädigten, der Gebäudeeigentümer und der Mieter, können gegen den Schadensverursacher ihren Schadenersatzanspruch gemäß § 823 BGB geltend machen.<sup>83</sup> Er hat fahrlässig das Eigentum anderer widerrechtlich verletzt und ist damit gesetzlich zum Schadenersatz verpflichtet.

#### Bearbeitung und Regulierungssummen:

Auch bei diesem Ereignis besteht eine Privat-Haftpflichtversicherung und da keine Obliegenheitsverletzung vorliegt, besteht Versicherungsschutz für den entstandenen Sachschaden. Bei der Meldung des Schadens hat der Haftpflichtversicherer die Anspruchsteller angeschrieben und nach existierenden Hausrat- bzw.

---

<sup>83</sup> Vgl. § 823 BGB.

Gebäudeversicherungen gefragt. Für den Eigentümer bestand eine Gebäudeversicherung, die den Wasserschaden vorerst übernommen hat. Der geschädigte Nachbar konnte leider keine Hausratversicherung nachweisen. Das Anliegen des Versicherers ist es, die Geschädigten auf eine Zeitwertentschädigung hinzuweisen. Die Gebäudeversicherung hat den Wasserschaden zum Neuwert entschädigt und den Haftpflichtversicherer mit 3.500 € in Regress genommen. Das beschädigte Mobiliar war glücklicherweise erst ein Jahr alt. Demnach hielt sich der Abzug für den Zeitwert in Grenzen und der Mieter erhielt eine Entschädigung in Höhe von 750 €.

Aus den geschilderten Schadenfällen wird deutlich, dass niemand vor Schäden geschützt ist. Jeder kann stets aufmerksam sein und dennoch kann ein Schaden ungewollt hervorgerufen werden. Sowohl die Verletzung des Rechtsgutes der Gesundheit als auch des Eigentums eines anderen kann schnell mit einem Schaden von mehreren Tausend Euro einhergehen. Eine Kalkulierung von Schadenshöhen bzw. Schadensereignissen ist nicht möglich. Die Verbraucher ohne einen entsprechenden Versicherungsschutz setzen damit täglich ihr gesamtes Vermögen aufs Spiel und können gleichzeitig einen Dritten ebenfalls in den finanziellen oder sozialen Ruin führen.<sup>84</sup>

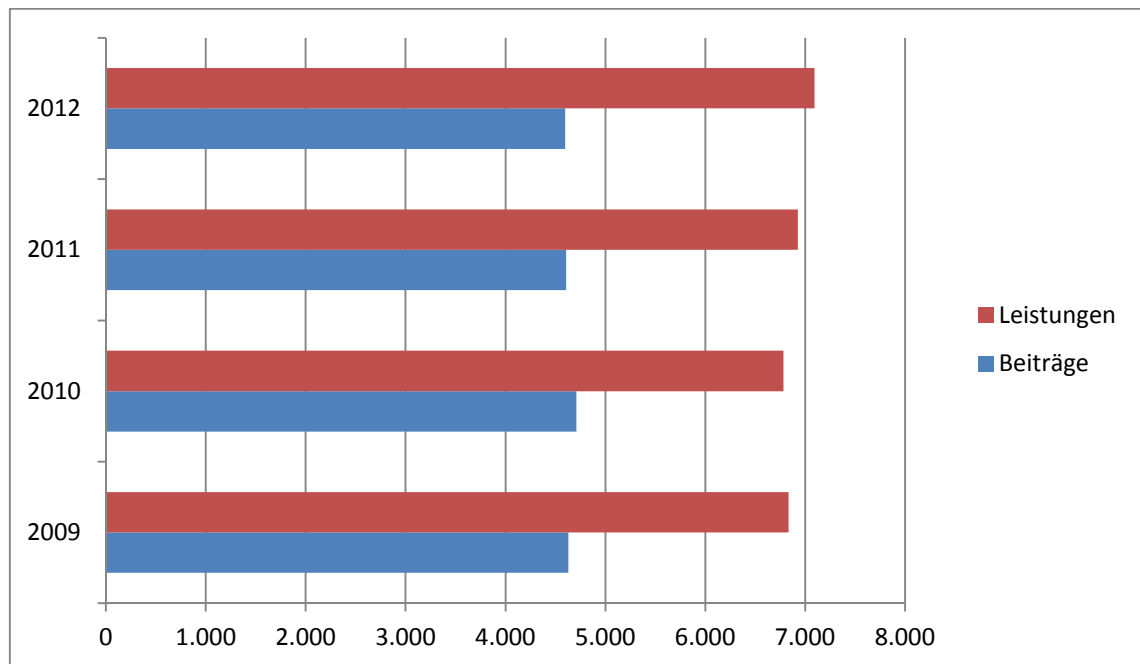
Die nachfolgende Abbildung zeigt, dass die Beitragsentwicklung zur Haftpflichtversicherung in den letzten Jahren leicht rückläufig ist. Im Vergleich zu den Beitragseinnahmen haben die Entschädigungszahlungen jährlich deutlich zugenommen. Diese Tendenz ist bis zum Jahr 1970 zurück nachzuvollziehen. Seitdem haben sich die Leistungen innerhalb der letzten Jahrzehnte verdoppelt, z.B. lagen im Jahr 1990 die Entschädigungszahlungen noch bei 3.561 Millionen Euro und 2012 bereits bei 7.096 Millionen Euro.<sup>85</sup>

---

<sup>84</sup> Vgl. Detering, Michael: Viele Deutsche riskieren ihr gesamtes Vermögen, in: Handelsblatt vom 27.01.2011, URL: <http://www.handelsblatt.com/finanzen/vorsorge-versicherung/nachrichten/keine-haftpflicht-viele-deutsche-riskieren-ihr-gesamtes-vermoegen/3817046.html> (Zugriff am 17.07.2014).

<sup>85</sup> Vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) (Hrsg.) (2013): Statistisches Taschenbuch der Versicherungswirtschaft 2013, 1. Auflage, Berlin, Tabelle 70.

**Abb. 2: Beiträge und Leistungen in der allgemeinen Haftpflichtversicherung in Deutschland von 2009 bis 2012 (in Millionen Euro)**



Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) (Hrsg.) (2013): Statistisches Taschenbuch der Versicherungswirtschaft 2013, 1. Auflage, Berlin, Tabelle 70, URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/38837/umfrage/beitraege-und-leistungen---allgemeine-haftpflichtversicherung-seit-2000/> (Zugriff am 14.07.2014).

Selbst in den letzten vier Jahren, von 2009 bis 2012, ist ein Anstieg von ca. 3,8 % der Schadenszahlungen zu verzeichnen. Mögliche Ursachen könnten die steigenden Kosten, Löhne und Gehälter, vermehrte Rechtsstreitigkeiten und steigende Behandlungskosten sein.

## 4 Anreize einer Pflichtversicherung

Anreize beruhen auf den Bedürfnissen oder den Motivationen von Menschen und hängen von ihrem individuellen Verhalten ab. Damit diese ihre Wirksamkeit erlangen, bedarf es der Aufmerksamkeit bzw. Wahrnehmung der einzelnen Personen. Dies kann sich sowohl extrinsisch als auch intrinsisch auf die Handlungen auswirken.<sup>86</sup> Demnach ist die Motivation durch äußere Faktoren möglich, wie z.B. eine Belohnung oder durch Selbstmotivation und den damit verbundenen Spaß an der eigenen Tätigkeit. In der Versicherungsbranche werden diverse Anreize geschaffen, um u.a. eine Absatzsteigerung zu erzielen. Zur Mitarbeitermotivation wird in monetäre und nicht monetäre Anreize unterschieden. Somit können sich, je nach Mitarbeiter, sowohl ein ausgereiftes Vergütungssystem bzw. Incentives als auch eine umfangreiche Unterstützung inkl. Weiterbildungsmöglichkeiten positiv auswirken.<sup>87</sup>

Auf den ersten Blick scheint die Einführung einer Pflichtversicherung einen erheblichen verwaltungstechnischen Aufwand zu verursachen. Dennoch gibt es einige Argumente für die Etablierung einer Pflichtversicherung im privaten Haftpflichtversicherungsbe- reich. Ein Vorteil wäre z.B. die Prämiensenkung bei einer einheitlichen Absicherung, da die bestehende Versichertengemeinschaft stärker wird und das Risiko auf einen größeren Teil verteilt werden kann. Ein positiver Gedanke wäre auch ein einfacheres Rechtssystem, wie beispielsweise in der KFZ-Haftpflichtversicherung, da die Haftung durch die Versicherungsunternehmen übernommen wird.<sup>88</sup> Ebenso sieht die Versicherungsbranche in erster Linie einen steigenden Absatz durch Öffnung neuer Produktwel- ten und das damit verbundene Wirtschaftswachstum. Eine Erhöhung der Verwaltungskosten im Versicherungsgewerbe kann durch einen stabilen Wettbewerb unterbunden werden. Dem stehen die Versicherungsnehmer mit einer schwach ausge- prägten Risikoaversion aufgrund geringer Abschlussentscheidungen gegenüber. Für diesen Personenkreis ist die potenzielle Gefahr aus Haftpflichtrisiken nicht greifbar. Mit Hilfe der Pflichtversicherung wären diese Risikoträger erfasst. Nachfolgend werden weitere Argumente erörtert, die für eine Umwandlung der freiwilligen Versicherung in eine Pflichtversicherung sprechen.

---

<sup>86</sup> Vgl. Graumann, Matthias / Skrabek, Karena (2014): Ein unterschätztes Problem, in: Personalwirtschaft, Heft 03/2014, S. 62.

<sup>87</sup> Vgl. Farny (2011), S. 738 f.

<sup>88</sup> Vgl. Schwintowski, Hans-Peter (2003): Pflicht einer Pflichtversicherung für Schäden durch Kinder?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11/2003, S. 395.

## 4.1 Garantierte Befriedigung der Ansprüche des Anspruchstellers

In den vorangegangenen Kapiteln wurde ausführlich über die Schadenersatzpflicht gemäß § 823 BGB berichtet.<sup>89</sup> Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, den Schadenersatz geltend zu machen, jedoch mit welchem Erfolg und in welchem zeitlichen Ablauf? Der Umfang eines Schadens kann vor Schadenseintritt niemals ermittelt werden, somit kann es sich um einen kleinen Bagatellschaden in Höhe von 50 Euro handeln oder er beläuft sich z.B. bei einem Personenschaden auf mehrere Tausend Euro. Insbesondere infolge der Tatsache, dass nur ca. 70 % der Bevölkerung eine Privat-Haftpflichtversicherung haben, sind vermutlich rund 30 % aller Schäden in diesem Bereich nicht ausreichend abgedeckt. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Mehrheit über kein ausreichendes Vermögen verfügt, um größere Schäden ersetzen zu können. Unabhängig von diesen Grundlagen haben die meisten Geschädigten eine ausgeprägte subjektive Risikoaversion und damit den Wunsch, den entstandenen Schaden in vollem Umfang ersetzt zu bekommen. Demnach dient die Einführung einer Versicherungspflicht dem Schutz der Geschädigten.<sup>90</sup> Es kann gewährleistet werden, dass niemand auf seinem Schaden und den damit verbundenen Kosten sitzenbleibt. Gleichzeitig erfolgt die Ersatzleistung in der Regel innerhalb weniger Wochen, da die Bearbeitung, der Schriftwechsel und die Zahlung durch das Versicherungsunternehmen veranlasst werden. Wäre dies nicht der Fall und der Schädiger würde weder über eine Versicherung noch über ausreichendes Vermögen verfügen, wäre für den Geschädigten auf lange Sicht die Beauftragung eines Rechtsanwalts unerlässlich, um seine Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Es ist zu vermuten und gängige Praxis, dass diese Verfahren vor Gericht ausgetragen werden müssen. Das Gericht entscheidet anschließend über den Umfang der Schadenshöhe und die Verpflichtung zur Schadenszahlung, z.B. ein fester Anteil des monatlichen Einkommens über einen längeren Zeitraum hinweg. Es könnte sich allerdings auch um einen Schädiger ohne Einkommen handeln, denn dann ist selbst eine monatliche Zahlung nicht möglich. In diesem Fall werden die Kosten z.B. bei einer Gesundheitsbeeinträchtigung durch die Krankenkasse übernommen. Auch eine vorübergehende Lohnfortzahlung des Geschädigten ist für die Dauer von 6 Wochen durch den Arbeitgeber gewährleistet und gesetzlich vorgeschrieben.

---

<sup>89</sup> Vgl. § 823 BGB.

<sup>90</sup> Vgl. Schulenburg, J.-Matthias Graf v. d. (2005), S. 26.



## 4.2 Wirtschaftliche Situation des Schädigers

Auch die Seite des Schädigers im Falle eines Schadens muss bei dieser Thematik betrachtet werden. Befürworter einer Versicherungspflicht ist im gewissen Maße auch der Staat, denn ein allumfassender Versicherungsschutz in diesem Bereich dient auch dem Schutz der Allgemeinheit.<sup>91</sup> Für die vorliegende Aussage lassen sich mehrere Gründe anführen. Zum einen wird der Schädiger in seiner finanziellen Situation infolge eines Schadens so stark eingeschränkt, dass er ggf. auf die Unterstützung des Staates angewiesen ist. Auf der anderen Seite werden gegebenenfalls Sozialversicherungsträger, wie z.B. die gesetzliche Krankenversicherung, mit dem Schaden und den damit verbundenen Kosten belastet. Verallgemeinernd lässt sich festhalten, dass sämtliche Steuerzahler für diesen Schaden aufkommen müssen. Mit der Festlegung einer Versicherungspflicht ist jeder vor schadenersatzpflichtigen Schäden geschützt, sofern diese nicht auf Vorsätzlichkeit zurückzuführen sind. Das Einkommen und auch das vorhandene Vermögen der potenziellen Schädiger werden geschützt und sie können ihr bisheriges Leben wie gewohnt fortführen. Weitere Argumente sprechen für eine Sensibilisierung der Verhaltensweise der Versicherungsnehmer. Es ist anzunehmen, dass jeder Versicherungsnehmer, der bereits im schlimmsten Fall einen Personenschaden verursacht hat, nicht noch einmal in eine solche Situation gelangen möchte. Durch eine Änderung hin zu bewusstem Verhalten könnte eine Vielzahl von Schäden vermieden bzw. minimiert werden. Wenn eine klare Linie erkennbar ist und Maßnahmen durchgesetzt werden, können im Gegenzug die Verwaltungskosten der Versicherungsunternehmen geringer kalkuliert werden und führen anschließend zu einer Prämiensparnis beim Verbraucher.<sup>92</sup> Von diesem Ergebnis würden sowohl der Staat, da dieser im Schadenfall keinen finanziellen Zuschuss leisten muss, die Versicherungsunternehmen durch sinkende Schadenquoten und Kosten als auch die Versicherungsnehmer aufgrund geringerer Prämien sowie die Geschädigten profitieren.

## 4.3 Wegfall der Forderungsausfalldeckung

Die Forderungsausfallversicherung ist ein Zusatzbaustein, der im Rahmen der privaten Haftpflichtversicherung und in anderen gewerblichen Sachversicherungen gegen Mehrbeitrag eingeschlossen werden kann. Die Versicherungsbranche hat die Notwendigkeit dieser Versicherungsart zeitnah erkannt. Aus diesem Grund wird sie seit einigen Jahren von einer Vielzahl von Versicherungsunternehmen angeboten. Dieser

---

<sup>91</sup> Vgl. Schulenburg, J.-Matthias Graf v. d. (2005), S. 26.

<sup>92</sup> Vgl. Schwintowski, Hans-Peter (2005), S. 62.

Baustein versichert das schwer kalkulierbare Risiko der Nichtzahlung des Schädigers für den verursachten Schaden. Die Versicherungsunternehmen gewähren dem Versicherungsnehmer Versicherungsschutz gegen die ihnen zugefügten Personen- Sach- oder Vermögensschäden, welche durch einen Dritten nicht ersetzt werden können. Zurückzuführen sind diese Schäden auf ein nicht ausreichendes Vermögen und keinen Versicherungsschutz im Bereich der Privat-Haftpflichtversicherung beim Schädiger. Diese Versicherung übernimmt den entstandenen Schaden beim Versicherungsnehmer und greift ab einer Schadenersatzhöhe in Höhe von 2.500 Euro. Eine weitere Voraussetzung ist allerdings, dass eine Zwangsvollstreckung erfolglos war.<sup>93</sup> Diese Kernelemente wurden eingeführt, damit die wichtigen und großen Schäden kalkulierbar sind und die Bagatellschäden unberücksichtigt bleiben. „Daher ist der Einschluss einer Forderungsausfallversicherung in die Haftpflicht durchaus sinnvoll.“<sup>94</sup> Es gilt festzuhalten, dass zum aktuellen Zeitpunkt der Einschluss dieses Bausteins sinnvoll ist und angeraten wird. Mit der Einführung einer Versicherungspflicht verliert diese Klausel an Bedeutung. Es liegt nahe, dass die Versicherungsunternehmen dieses Risiko nicht mehr kalkulieren müssen und demnach einen geringeren Verwaltungsaufwand haben. Für den Verbraucher hätte es den Vorteil, dass er die Prämie in diesem Bereich sparen kann und dennoch vollumfänglich versichert ist und ersatzpflichtige Schäden in der Regel ohne große Rechtsstreitigkeiten ersetzt bekommt.

Die angeführten Argumente und Beispiele in diesem Kapitel haben gezeigt, welche Vorteile und Änderungen die Pflichtversicherung „Privat-Haftpflichtversicherung“ mit sich bringen würde. Es wurden die verschiedenen Betrachtungsseiten des Staats, der Verbraucher und Geschädigten sowie der Versicherungsbranche beleuchtet.

---

<sup>93</sup> Vgl. Eichenauer u.a. (2013), S. 290.

<sup>94</sup> Hartmann, Axel (2008): Vorsorge. Sicher in die Zukunft, in: Focus Money vom 02.07.2008, Ausgabe 28, S. 64-70.

## 5 Fehlanreize einer Pflichtversicherung

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Einführung der Pflichtversicherung zu bestimmten Fehlanreizen führen kann. Diese Aussage wird durch mehrere Argumente bestätigt und in diesem Kapitel anhand diverser Gesichtspunkte erläutert. Zu Beginn wird der überwiegende Teil der Betroffenen den Begriff Pflichtversicherung in Verbindung mit einer Einschränkung des eigenen Handelns sehen. Berücksichtigt man diesen Gesichtspunkt, dann wird sichtbar, dass der Staat in die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher eingreift, und dies bestätigt den ersten Gedanken.<sup>95</sup> Im Gegensatz hierzu kann für den Schädiger die Gefahr auftreten, dass sich in einem Schadenfall die Möglichkeit der Risikoabwälzung verringert, da der Versicherer das Risiko übernimmt. Der verursachte Schaden hat sich in diesem Fall von dem Schädiger auf den Geschädigten verlagert und dieser klärt seine Schadenersatzansprüche mit der Gesellschaft.<sup>96</sup> Der Schädiger muss sich also auf seinen Vertragspartner verlassen, dass dieser seiner Aufgabe der Schadensprüfung nachkommt und ggf. auch Ansprüche von Anspruchstellern abwehrt. Um die Fehlanreize zu verdeutlichen, wird nachfolgend die Problematik anhand von zwei Aussagen erörtert.

### 5.1 Leichtfertigkeit und Fahrlässigkeit werden provoziert

Die Handlung der Menschen kann freiwillig und nicht freiwillig erfolgen, ebenso wie ein leichtfertiges, grob fahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten möglich ist. Aufgrund der unterschiedlichen Verhaltensweisen muss in diesem Zusammenhang die moralische Versuchung "Moral Hazard" in der Versicherungswissenschaft betrachtet werden. Das Risiko beschreibt eine negative Verhaltensänderung zu Lasten Dritter, in diesem Fall der Versichertengemeinschaft. Aus volkswirtschaftlicher Sicht würde die Versicherungspflicht zu einer Reduzierung der Schadensverhütung führen und die freigesetzten Ressourcen könnten anderweitig genutzt werden. Dieser Gedanke wird jedoch durch das moralische Risiko gestört und das gewünschte Wirtschaftswachstum ist nicht möglich. Beim Moral Hazard wird zwischen der mutwilligen Zerstörung, der Schadensverfälschung und der ordnungsgemäßen Schadensverhütung unterschieden. In der Versicherungsbranche ist die mutwillige Zerstörung im Bereich der Brandstiftung

---

<sup>95</sup> Vgl. Schulenburg, J.-Matthias Graf v. d. (2005), S. 25.

<sup>96</sup> Vgl. Schwintowski, Hans-Peter (2005), S. 56.

angesiedelt.<sup>97</sup> Jährlich ereignet sich eine Vielzahl großer Brandschäden durch Brandstiftung. Die Fahndung nach den Tätern bleibt häufig erfolglos. Die Versicherungsbranche ist alarmiert und arbeitet seit geraumer Zeit mit speziellen Gutachtern zusammen, um die Schadensursachen zu ermitteln. Es wird vermutet, dass einige dieser Schäden vorsätzlich herbeigeführt worden sind, um sanierungsbedürftige Gebäude auf Kosten der Versicherung zu erneuern. Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, dass die Versicherungspflicht den Anreiz gibt, einen Schaden einzureichen, der in diesem Ausmaß nicht entstanden ist. Somit wird z.B. der Kratzer an einem Auto, der durch einen Radfahrer herbeigeführt wurde, zum Anlass genommen, weitere Lackkratzer zu beheben. Abschließend muss festgehalten werden, dass es den Versicherungsunternehmen fast unmöglich ist, die vereinbarten schadensverhütenden Maßnahmen zu kontrollieren.<sup>98</sup> Unabhängig davon, welche Versprechen und Angaben die Versicherungsnehmer machen, können diese Obliegenheitsverletzungen in den meisten Fällen nicht nachgewiesen werden und somit kommt es zu Fehlanreizen durch das Verhalten der Menschen hinsichtlich der Moral. Anhand dieser Aspekte wird deutlich, dass eine gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung einen starken Einfluss auf das menschliche Handeln haben wird. Die Sicherheit der Menschen, dass jeder einen ausreichenden Versicherungsschutz hat, kann zu einem leichtfertigen Umgang untereinander führen. Die Angst, einem Dritten einen Schaden zuzufügen, hätte für die wenigsten Bürger noch eine große Bedeutung.

## 5.2 Schadensmanipulation

Die Gewissheit der Menschen, eine Versicherung zu haben, die fast sämtliche Schäden gegenüber Dritten erstattet, erhöht das moralische Risiko hinsichtlich eines Versicherungsbetrugs. Häufig werden Schäden zur Regulierung eingereicht, welche vorher bereits eingetreten waren und bei denen die Schadensursache nicht von einem Dritten verschuldet wurde.<sup>99</sup> Ein Beispiel dazu ist ein defektes Handy des Nachbarn. Die Ursache dafür, dass das Gerät nicht mehr funktionstüchtig ist, ist in der Regel auf den Eigentümer zurückzuführen. Im Rahmen einer nachbarschaftlichen oder freundschaftlichen Gefälligkeit nehmen Dritte die Schuld an dem Schaden auf sich und reichen diese Kleinschäden bei ihrer vorhandenen Privat-Haftpflichtversicherung ein. Schätzungsweise ist damit über die Hälfte der in diesem Bereich gemeldeten Schäden fingiert, da die eingereichten Schadensschilderungen in der Regel mit dem eigentlichen

---

<sup>97</sup> Vgl. Schwintowski, Hans-Peter (2005), S. 52.

<sup>98</sup> Vgl. ebd., S. 53.

<sup>99</sup> Vgl. Schwintowski, Hans-Peter (2003): Pflicht einer Pflichtversicherung für Schäden durch Kinder?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11/2003, S. 394.

Schaden nicht im Zusammenhang stehen.<sup>100</sup> Der Versicherungsbetrug ist auch im Bereich der Kraftverkehrshaftpflichtversicherung bekannt. Die deutsche Versicherungsbranche geht davon aus, dass ca. jeder achte oder zehnte Schaden vorgetäuscht oder vorsätzlich herbeigeführt wird.<sup>101</sup> Meistens handelt es sich bei den manipulierten Schäden eher um kleinere Bagatellschäden. Den Versicherungsnehmern einen Schadensbetrug nachzuweisen gestaltet sich für die Versicherungsunternehmen schwierig und meistens ist die Regulierung günstiger als die genaue Recherche des Schadenshergangs. Bei einer Befragung zum Thema Versicherungsbetrug im Jahr 2011 bestätigten sogar 23 % der Teilnehmer, dass jeder einmal Versicherungsbetrug begeht.<sup>102</sup> Vielen Menschen ist in dieser Angelegenheit gar nicht bewusst, mit welchen rechtlichen Konsequenzen ein Versicherungsbetrug verbunden ist. Es handelt sich um eine Straftat, die gemäß § 265 StGB mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder einer entsprechenden Geldstrafe bestraft wird.<sup>103</sup> Solange diese Thematik bei den Versicherungsnehmern nicht aktiv durch Medien angesprochen wird und dies so zu einer damit verbundenen Sensibilisierung führt, ist eine Eindämmung der manipulierten Schäden schwer durchzusetzen.

### 5.3 Strittiger Nutzen der Versicherung

An dieser Stelle soll der eigentliche Nutzen für diejenigen in Frage gestellt werden, die erst durch eine gesetzliche Pflicht eine Privathaftpflichtversicherung abschließen würden. Für dieses Hinterfragen spricht die Tatsache, dass eine Versicherungspflicht nicht zwangsläufig zu einem Nutzen für die Allgemeinheit führen muss. Bestimmte Verhaltensweisen der unterschiedlichen Gruppen der Versicherungsnehmer sind kritisch zu betrachten. Die aktuell bestehenden Versicherungen wurden in der Regel abgeschlossen, um das eigene Vermögen gegen mögliche Schadensersatzansprüche zu schützen. Unter Betrachtung der aktuellen Versorgungssituation (siehe Kapitel 3.2) besitzen ca. 70 % der Verbraucher einen entsprechenden Versicherungsschutz. Bei den verbleibenden 30 % kann für einen Großteil unterstellt werden, dass diese die

---

<sup>100</sup> Vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Versicherungsbetrug - aus alt mach neu? Smartphones & Tablets, 06.09.2013, URL: <http://www.gdv.de/2013/09/versicherungsbetrug-aus-alt-mach-neu/> (Zugriff am 17.07.2014).

<sup>101</sup> Vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Autbumser. Beim Betrug in der Kraftfahrtversicherung entsteht jedes Jahr ein Schaden von rund 2 Milliarden Euro, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/autobumser/> (Zugriff am 17.07.2014).

<sup>102</sup> Vgl. GfK Finanzmarktforschung: Befragung zum Thema „Versicherungsbetrug in Deutschland“, 2011, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/zahlen-und-fakten/#gfk> (Zugriff am 17.07.2014).

<sup>103</sup> Vgl. § 265 Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. April 2014 (BGBl. I S. 410) geändert worden ist.

Notwendigkeit für sich nicht erkennen. Aus diesem Grund liegt es nahe, dass bei der Einführung der Versicherungspflicht mit Widerständen der Bürger zu rechnen ist. Unter Umständen werden die nur aufgrund der Pflicht Versicherten durch Einreichung diverser Schäden versuchen, sich ihren Beitrag zur Privat-Haftpflichtversicherung auf diesem Weg zurückzuholen. Dieses moralisch fragwürdige Verhalten der Menschen und die damit im Zusammenhang stehenden steigenden Schadenquoten können nicht beeinflusst und im Hinblick auf deren Auswirkungen im Vorfeld nur schwer kalkuliert werden. Für die Versicherungsunternehmen bildet die Schadenquote allerdings eine Hauptgrundlage für die Prämienkalkulation. Um die Schadenquoten einzudämmen, wäre kurz- oder mittelfristig eine Prämienanpassung unabdingbar. Das würde eine Benachteiligung derer bedeuten, die bereits vor Einführung einer gesetzlichen Pflicht eine Privathaftpflichtversicherung abgeschlossen haben. Dem könnte man aber beispielsweise damit entgegenwirken, dass ähnlich der KFZ-Versicherung ein Prämienmodell eingeführt wird, welches in hohem Maße dem individuellen Schadenverlauf des einzelnen Versicherungsnehmers Rechnung trägt.

## 6 Gestaltung und Umsetzung

Dr. Bernd Michaels äußerte sich zum Thema Pflichtversicherung wie folgt: „Wir halten die vom Staat verordnete Verpflichtung, sich gegen bestimmte Risiken abzusichern, für weitestgehend normal – oder vielleicht eher: Wir haben uns daran gewöhnt.“<sup>104</sup> Er wollte damit zum Ausdruck bringen, dass die bestehenden Pflichtversicherungen, wie z.B. die Kfz-Haftpflichtversicherung, nicht in Frage gestellt werden. Deren Existenz haben die Konsumenten akzeptiert. Des Weiteren würde dem Autor zufolge die Einführung einer neuen Pflichtversicherung nicht zwangsläufig auf Widerstand bei der Bevölkerung stoßen. Dem steht jedoch entgegen, dass die Einführung einer Pflichtversicherung die Vertragsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG einschränkt. Demnach bedarf die Einführung der Pflichtversicherung ausreichender Begründungen, die eine Einschränkung der Vertragsfreiheit rechtfertigen.<sup>105</sup> Für die vorliegende Argumentation lassen sich mehrere Begründungen anführen. Zum einen ist es staatlicherseits gewünscht, bestimmte Lebensrisiken abzusichern. Der Zwang ist in diesem Fall notwendig, da eine freiwillige Absicherung nicht oder nicht ausreichend erfolgen würde. Des Weiteren sollen sozial schwächer gestellte Bürger eine Mindestversicherung erhalten. Dies dient auch zum Schutze der Allgemeinheit, da gerade bei diesem Personenkreis kein Vermögen vorhanden ist und diese Menschen somit nichts verlieren können. Ein freiwilliger Vertragsabschluss ist vonseiten dieses Personenkreises kaum vorstellbar. Ein weiteres Argument betrifft die Vereinfachung der Regulierung nach dem Verursacherprinzip.<sup>106</sup> Ähnlich der Kfz-Haftpflichtversicherung trägt der Versicherer das Risiko nach dem Schadenseintritt. Nicht zu vernachlässigen ist der Schutz der Geschädigten. Die Nichtzahlung infolge eines Unfalls ist nicht mehr möglich. Des Weiteren handelt es sich um eine volkswirtschaftliche Absicherung. In Anbetracht der letzten Naturkatastrophen, wie z.B. das Hochwasser im Juni 2013, musste der Staat die Betroffenen finanziell unterstützen. Eine Pflichtversicherung könnte für diese Problematik Abhilfe schaffen, indem eine finanzielle Entschädigung infolge eines Schadenereignisses garantiert wird. Dieses Modell würde den Staat entlasten, aber das eigentliche Problem einer Schadensverhütung durch Schutzmaßnahmen nicht lösen.<sup>107</sup>

---

<sup>104</sup> Michaels, Bernd (2005), S. 1.

<sup>105</sup> Vgl. ebd., S. 2.

<sup>106</sup> Vgl. Schulenburg, J.-Matthias Graf v. d. (2005), S. 27.

<sup>107</sup> Vgl. Schwarze, Reimund: Kommt die Versicherungspflicht für Elementarschäden?, in: Focus Online vom 05.07.2014, URL: [http://www.focus.de/wissen/experten/reimund\\_schwarze\\_/kommt-die-versicherungspflicht-f-elementarschaeden-kein-versicherungsschutz-bei-naturkatastrophen-kommentar\\_id\\_5839746.html](http://www.focus.de/wissen/experten/reimund_schwarze_/kommt-die-versicherungspflicht-f-elementarschaeden-kein-versicherungsschutz-bei-naturkatastrophen-kommentar_id_5839746.html) (Zugriff am 13.07.2014).

## 6.1 Mindestvertragsgestaltung

Bei der Gestaltung des Versicherungsschutzes ist eine Anlehnung an die Kfz-Haftpflichtversicherung denkbar. Aufgrund der erhöhten Betriebsgefahr dient diese Pflichtversicherung in erster Linie dem Schutz von Geschädigten für Schadenersatzansprüche. Bei der Betrachtung des Aufbaus dieser Versicherung zeigen sich nachfolgende grundlegende Bausteine. Die Versicherungsunternehmen übernehmen als alleiniger Risikoträger die Haftung für diese Unfälle. Eine Staatshaftung ist hier nicht notwendig, da aufgrund der Vielzahl an bestehenden Verträgen eine Risiko- und Haftungsstreuung möglich ist. Mit Hilfe eines gut entwickelten Verwaltungsapparats wird gewährleistet, dass nur technisch einwandfreie Fahrzeuge und nur solche mit einem umfangreichen Versicherungsschutz den öffentlichen Straßenverkehrsraum nutzen dürfen. Des Weiteren werden durch die Versicherungsbranche risikogerechte Prämien für die unterschiedlichen Fahrzeuge und Fahrzeughalter kalkuliert.<sup>108</sup> Somit erhalten z.B. Fahrzeuge mit einer großen Motorleistung eine höhere Prämie als Fahrzeuge mit weniger Hubraum. Außerdem werden langjährig unfallfreie Fahrer durch entsprechende Schadensfreiheitssysteme belohnt. Ebenso finden bestimmte Personenkreise und Alterskategorien Berücksichtigung. Bei der Prämienkalkulation kommen umfangreiche versicherungsmathematische Formeln zum Einsatz, welche die genannten Kriterien, Unfallstatistiken etc. berücksichtigen. Aufgrund diverser Anbieter in dieser Sparte besteht ein ausgeglichener Wettbewerb und es gibt eine Vielzahl verschiedener Produkte bei den jeweiligen Versicherungsunternehmen. Da in der Regel kein Fahrzeug ohne Zulassung den Straßenverkehrsraum nutzen kann, ist eine Kontrolle gewährleistet.<sup>109</sup> Für die Umwandlung der freiwilligen Privat-Haftpflichtversicherung in eine Pflichtversicherung bedarf es wichtiger Kernelemente. Jeder Versicherungsvertrag müsste mit einer Mindestversicherungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden gestaltet werden. Dies sollte nicht zu einer Staatshaftung führen, sondern die Risikoträger bleiben die Versicherungsunternehmen, um einen stabilen Wettbewerb zu gewährleisten und eine Monopolbildung zu verhindern. Die Beiträge müssen risikogerecht in Bezug auf die diversen Personenkreise und Leistungsbestandteile sowie unter Beachtung der Mindestanforderungen kalkuliert werden. Um die in Kapitel 5 angesprochenen Fehlanreize zu unterbinden oder wenigstens zu minimieren, wäre es denkbar, eine relativ hohe Selbstbeteiligung z.B. in Höhe von 1.000 EUR zu vereinbaren.<sup>110</sup> Mit Hilfe einer Selbstbeteiligung müssten die Schädiger für die am häufigsten eintretenden

---

<sup>108</sup> Vgl. Pohlhausen, Robert (2005), S.77.

<sup>109</sup> Vgl. ebd.

<sup>110</sup> Vgl. Schwintowski, Hans-Peter (2003): Pflicht einer Pflichtversicherung für Schäden durch Kinder?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11/2003, S. 395.



Ereignisse, die sogenannten Bagatellschäden, aufkommen. Aber auch eine Belohnung der Versicherten, ähnlich der Kfz-Haftpflichtversicherung, durch Berücksichtigung schadensfreier Zeiten hinsichtlich der Prämie wäre denkbar. Mit diesen Lösungen ist die Änderung eines moralisch zweifelhaften Verhaltens möglich, aber nicht garantiert. Es ist anzunehmen, dass die angesprochenen Freundschafts- oder Nachbarschaftsgefalligkeiten weitestgehend unterbunden werden. Leider werden in diesem Fall aber diejenigen Personen bestraft, die tatsächlich von einem Schaden betroffen sind und deren Verhalten nicht subjektiv beeinflusst war. Hier müsste entweder der Schädiger für den entstandenen Schaden selbst aufkommen oder der Geschädigte bleibt auf seinen Kosten sitzen. Auch die problematischen Schäden, die durch deliktsunfähige Kinder verursacht werden, sind aktuell in vielen Versicherungsbedingungen bis zu einer Entschädigungssumme in Höhe von 1.000 € mitversichert. Wird eine entsprechende Selbstbeteiligung in dieser Höhe eingerichtet, entfällt für diesen Zusatzbaustein der Nutzen zum Teil. Der Sinn dieser Klausel richtet sich in der Regel darauf, nachbarschaftlichen Streitigkeiten aus dem Weg zu gehen, da bei Nichtverletzung der Aufsichtspflicht kein Schadenersatz geltend gemacht werden kann.

## 6.2 Finanzierung und staatliche Unterstützung

Für die Einführung der Versicherungspflicht sind die unterschiedlichen Wege und Betrachtungen der dazugehörigen Versicherungsprämie notwendig. Die erste These bezieht sich auf eine Finanzierung nach dem Umlageverfahren. Dabei werden die Verbraucher zu einer Risikogemeinschaft zusammengeschlossen. Es wird ein festes Risiko abgesichert, wobei die Gefahren der Einzelnen stark voneinander abweichen. Somit werden die Beitragseinnahmen des Versicherungsunternehmens von diversen Verbrauchern verwendet, um den Schaden eines Dritten zu regulieren.<sup>111</sup> Die zweite These wendet sich der Haftungsbegrenzung zu. Hierbei wird dem Schädiger das Existenzminimum zugesichert, d.h. er haftet nie über sein eigenes Vermögen hinaus.<sup>112</sup> Die dritte These muss sich mit dem Risiko der Verhaltensänderung auseinandersetzen. Hier entstehen zwei Problematiken: einerseits besteht die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Schadenshäufigkeit aufgrund der Verhaltensänderung deutlich erhöht und andererseits die tatsächliche Schadenshöhe steigt.<sup>113</sup> Maßnahmen zur Schadensverhütung führen beim Versicherungsnehmer zu höheren Kosten, die in der Regel nur mit einer anschließenden Prämienersparnis akzeptiert werden. Ein weiteres Problem ist,

---

<sup>111</sup> Vgl. Schulenburg, J.-Matthias Graf v. d. (2005), S. 30.

<sup>112</sup> Vgl. ebd., S. 32.

<sup>113</sup> Vgl. ebd., S. 35 f.

dass der Versicherer die Maßnahmen zum Teil nicht kontrollieren kann. Ein Versicherungsnehmer kann z.B. das Versprechen geben, das Fahrrad unter Einfluss von Alkohol nie zu nutzen. Solange es nicht zu einem Schadenfall kommt, ist der Nachweis fast unmöglich. Es gilt festzuhalten, dass die Prämien zur Privat-Haftpflichtversicherung unter Beachtung der Vertragsgestaltung nach dem entsprechenden Risiko kalkuliert werden müssen. Demnach ist der Beitrag für einen Single günstiger als im Vergleich zu einer Familienversicherung. Grund hierfür ist, dass in der Familienversicherung in der Regel zwei Erwachsene und deren Kinder versichert sind. Somit ist das Risiko höher, dass eine dieser Personen einen Schaden verursacht, als bei einer einzelnen Person. So können weitere Risikodifferenzierungen z.B. für Senioren vereinbart werden. Bei diesem Personenkreis ist anzunehmen, dass die aus dem beruflichen Bereich resultierende Gefahr nicht mehr gegeben ist, wohingegen das Freizeitrisiko höher berücksichtigt werden muss. Derzeit liegen die Beiträge für eine Privat-Haftpflichtversicherung je nach Tarif zwischen ca. 50 € und 150 € jährlich.<sup>114</sup> Demnach ist eine Grundsicherung bereits für einen relativ geringen Beitrag möglich. Aktuell unterstützt die Bundesrepublik Deutschland bereits gemäß §§ 12, 76 BSHG finanziell schwächer gestellte Bürger und berücksichtigt bei der Berechnung des sozialhilferelevanten Einkommens die Beiträge zur privaten Haftpflichtversicherung.<sup>115</sup> Demnach ist ein staatlicher Zuschuss bei der Einführung der Pflichtversicherung für diesen Personenkreis mit hoher Wahrscheinlichkeit möglich.

### 6.3 Umsetzungsmöglichkeit

Die Umsetzung jeder Pflichtversicherung bedarf einer Gesetzesänderung, so auch die Änderung der freiwilligen Privat-Haftpflichtversicherung zur Pflichtversicherung. Die Durchsetzung bedarf ebenfalls einer entsprechenden Kontrolle. Für die Versicherungsunternehmen muss ein Kontrahierungszwang unter Beachtung der Mindestversicherungssummen bestehen.<sup>116</sup> Beispielsweise wäre eine Steuerung ähnlich der Kfz-Haftpflichtversicherung denkbar, nur eben über das Einwohnermeldeamt statt die Zulassungsstelle. Ebenso wäre eine Beaufsichtigung durch das Bundesversicherungsamt in Verbindung mit den Einwohnermeldeämtern möglich. Das Bundesversicherungsamt

---

<sup>114</sup> Vgl. Comfortplan: Privathaftpflichtversicherung Vergleich. Tarif: Familie, URL: <http://www.comfortplan.de/privathaftpflichtversicherung/privathaftpflichtversicherung.html> (Zugriff am 17.07.2014).

<sup>115</sup> Vgl. Schwintowski, Hans-Peter (2003): Pflicht einer Pflichtversicherung für Schäden durch Kinder?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11/2003, S. 395 und Vgl. §§ 12, 76 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646, 2975), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes zur Familienförderung vom 22. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2552).

<sup>116</sup> Vgl. Farny (2011), S. 157.

führt aktuell unter anderem die Rechtsaufsicht für die Sozialversicherung. Bei jedem Wohnsitzwechsel und der damit verbundenen Anschriftenänderung müsste eine Versicherungsbestätigung hinterlegt werden. Des Weiteren würde die Meldestelle eine Information vom Versicherer erhalten, wenn der Versicherungsschutz z.B. wegen Nichtzahlung aufgehoben wird. Hier ist allerdings keine Außerbetriebsetzung möglich wie beim Pkw. Eine vergleichbare Alternative wären eine Geldbuße und ein Verfahren wegen Begehens einer Ordnungswidrigkeit, bis der Versicherungsschutz wieder besteht. Eine vertragliche Nachhaftung muss seitens der Versicherer gegeben werden, um Geschädigte in diesem Zeitraum zu schützen. Dem Unternehmen wird aber die Möglichkeit eines Regressanspruches eingeräumt. Prof. Dr. Schwintowski stellt dem Argument eines erheblichen Verwaltungsaufwandes durch Einführung der Pflichtversicherung Folgendes entgegen: „Wir müssten nur das Bestehen einer privaten Haftpflichtversicherung bereits im ärztlichen Geburtsprotokoll dokumentieren (vielleicht auch Geburtsurkunde).“<sup>117</sup> Diese Überlegung könnte in der Praxis vermutlich auch umgesetzt werden, da Kinder in der Regel mind. bis zum 18. Lebensjahr in dem Vertrag ihrer Eltern mitversichert sind. In diesem Fall kann auch später z.B. während des Studiums des Kindes, sofern es laut den Bedingungen noch mitversichert ist, eine Versicherungsbestätigung ausgestellt werden. Es gilt festzuhalten, dass durchaus die Möglichkeit bestünde, wichtige Rahmenbedingungen festzulegen.

---

<sup>117</sup> Schwintowski, Hans-Peter (2003): Pflicht einer Pflichtversicherung für Schäden durch Kinder?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11/2003, S. 395.

## 7 Fazit

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass die bestehenden Pflichtversicherungen in erster Linie dem Schutz der Allgemeinheit dienen. Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln erörtert, ist eine der elementaren und wichtigsten Versicherungen in diesem Bereich die Kfz-Haftpflichtversicherung. Aufgrund der erhöhten Betriebsgefahr ist ein Verzicht auf diesen Versicherungsschutz undenkbar, da die Schadenhäufigkeit und die Schadenshöhen in keinem Bereich so hoch sind wie in dieser Sparte. Diese Versicherung zeigt die perfekte Umsetzung des Kerngedankens des Drittopferschutzes. Trotz des Versicherungszwangs und der damit verbundenen Rahmenbedingungen führen Risikodifferenzierungen sowie risikogerechte Prämien zu einem ausgeglichenen Wettbewerb. Aus heutiger Sicht ist die Einführung neuer Pflichtversicherungen genau zu prüfen. Dies zeigen auch die aktuellen Diskussionen im Bereich der Elementarversicherung. Bei den zunehmenden Naturkatastrophen sollen die staatlichen Soforthilfen eingedämmt und durch eine garantierte finanzielle Entschädigung der Betroffenen in Form von Elementarversicherungen ersetzt werden. Der Kritikpunkt bei dieser Diskussion liegt bei der Risikostreuung, da das Interesse der Gebäudeeigentümer in nicht gefährdeten Gebieten nicht gegeben ist. Des Weiteren würde die Einführung der Versicherungspflicht das Interesse des Versicherungsnehmers an den notwendigen Schutzmaßnahmen sowie das des Staates minimieren. Verallgemeinernd lässt sich festhalten, dass Befürworter einer Pflichtversicherung auf der einen Seite der Staat ist, welcher sich gegen finanzielle Forderungen schützen kann. Auf der anderen Seite stehen die Versicherungsbranche, die sich damit eine höhere Absatzentwicklung verspricht, und die Betroffenen, welche durch den Umverteilungseffekt zu Begünstigten werden.<sup>118</sup> Die Einführung der Pflichtversicherung muss anhand eines Leitgedankens begründet werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass angesichts der gewonnenen Erkenntnisse die Umwandlung der freiwilligen Privat-Haftpflichtversicherung in eine Pflichtversicherung zu empfehlen ist. Für die Einführung einer Pflichtversicherung spricht u.a. die garantierte Befriedigung von Schadenersatzansprüchen. Ebenfalls wurden mögliche Fehlanreize, z.B. Schadensmanipulation, in diesem Zusammenhang aufgezeigt. Das Kriterium eines Leitgedankens wird erfüllt, da die Versicherung dem Schutz der Allgemeinheit dient. Die notwendige Kontrolle der Einhaltung der Versicherungspflicht kann durch den Staat gewährleistet werden. Des Weiteren ist eine anderweitige Absicherung nicht gegeben, da die freiwillige Abschlussbereitschaft ohne Zwang nicht durchgesetzt

---

<sup>118</sup> Vgl. Schulenburg, J.-Matthias Graf v. d. (2005), S. 15.

werden kann und die persönlichen Vermögenswerte nicht ausreichend bzw. nicht kalkulierbar sind. Ebenso wie die Kfz-Haftpflichtversicherung oder die Haftpflichtversicherung für Ärzte sollte die Privat-Haftpflichtversicherung zu einer Pflichtversicherung führen. Diese Argumentation bestätigt Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski wie folgt: „Der Gesetzgeber sollte dasselbe auf der Ebene der Privat-Haftpflichtversicherung tun, da dies erhebliche volkswirtschaftliche Fehlallokationen vermeiden und wirtschaftliches Wachstum fördern würde.“<sup>119</sup> Hierbei wird deutlich gezeigt, dass die negativen Faktoren durch die positiven Effekte weitestgehend aufgehoben werden können. Bezugnehmend auf die in Kapitel 1 erörterten Definitionen zur menschlichen Freiwilligkeit und Pflicht in Verbindung mit dieser Pflichtversicherung führt der Vertragsabschluss zu einer unfreiwilligen Handlung aufgrund des physischen Zwangs. Allerdings ist der Versicherungsnehmer über diese Thematik genau informiert und kann sich mit Hilfe der Versicherung neue Ziele setzen, die auf sein eigenes Handeln zurückzuführen sind. Die Beschränkung seiner Vertragsfreiheit kann nicht umgangen werden, wobei dennoch die Auswahl zwischen den diversen Versicherungsunternehmen und Tarifen besteht. Bereits die Kfz-Haftpflichtversicherung hat gezeigt, dass die Pflicht des Vertragsabschlusses von der Mehrheit akzeptiert und nicht mehr in Frage gestellt wird. Je nach Vertragsgestaltung besteht für die Zukunft die Chance, dass Schadensmanipulationen minimiert werden, sodass die Versicherungsunternehmen auch zu dem Kreis der Begünstigten zählen. Dies kann erreicht werden, indem schadensverhütende Maßnahmen, Sensibilisierungen der Vertragspartner oder eventuelle Selbstbeteiligungen eingeführt werden. Außerdem wird der administrative Aufwand der Versicherer bei der Schadensregulierung durch den Direktanspruch der Geschädigten geringer. Kostenpflichtige Zusatzleistungen wie z.B. die Forderungsausfalldeckungen werden nicht mehr benötigt und dies verringert die Versicherungsprämie für den Kunden. Auch eine Beaufsichtigung der Umsetzung ist unter den genannten Aspekten möglich. Aus staatlicher Sicht ergeben sich neben der finanziellen Unterstützung der sozial schwachen Bevölkerung überwiegend positive Entscheidungskriterien. Durch einen ausgewogenen Wettbewerb wird die Monopolbildung verhindert und die Beiträge sowie Zusatzleistungen können vom Verbraucher frei gewählt werden.

---

<sup>119</sup> Schwintowski, Hans-Peter (2005), S. 69.

## Literaturverzeichnis

Aristoteles (o.J.): Nikomachische Ethik, zitiert nach: Fenner, Dagmar (2008): Ethik: Wie soll ich handeln?, Tübingen.

Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel 2a des Gesetzes vom 27. März 2014 (BGBl. I S. 261) geändert worden ist.

Berens, Holger / Engel, Hans-Peter (Hrsg.) (2014): Wichtige Wirtschaftsgesetze für Bachelor/Master, Band 1, 6. Auflage, Herne.

Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWV) e.V. (Hrsg.) (2008): Bedingungswerk 2. Proximus Versicherung, Kaufmann für Versicherungen und Finanzen, Kauffrau für Versicherungen und Finanzen - Versicherungsfachmann, Karlsruhe.

Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWV) e.V. (Hrsg.) (2009): Ausbildungsliteratur Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung, Kaufmann für Versicherungen und Finanzen, Kauffrau für Versicherungen und Finanzen, Geprüfter Versicherungsfachmann IHK, Geprüfte Versicherungsfachfrau IHK, Karlsruhe.

Bundesjagdgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Mai 2013 (BGBl. I S. 1386) geändert worden ist.

Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646, 2975), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes zur Familienförderung vom 22. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2552).

Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

Comfortplan: Privathaftpflichtversicherung Vergleich. Tarif: Familie, URL: <http://www.comfortplan.de/privathaftpflichtversicherung/privathaftpflichtversicherung.html> (Zugriff am 17.07.2014).

Detering, Michael: Viele Deutsche riskieren ihr gesamtes Vermögen, in: Handelsblatt vom 27.01.2011, URL: <http://www.handelsblatt.com/finanzen/vorsorge-versicherung/nachrichten/keine-haftpflicht-viele-deutsche-riskieren-ihr-gesamtes-vermoegen/3817046.html> (Zugriff am 17.07.2014).

Eichenauer, Herbert u.a. (2013): Versicherungen und Finanzen 3, 5. Auflage, Haan-Gruiten.

Farny, Dieter (2011): Versicherungsbetriebslehre, 5. Auflage, Karlsruhe.

Fenner, Dagmar (2008): Ethik: Wie soll ich handeln?, Tübingen.

Fürstenwerth, Jörg v.: Pflichtversicherung für Naturkatastrophen untergräbt Prävention, in: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) (Hrsg.): 24.03.2014, URL: <http://www.gdv.de/2014/03/pflichtversicherung-fuer-naturgefahren-untergraebt-praevention/> (Zugriff am 12.07.2014).

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Autobumser. Beim Betrug in der Kraftfahrtversicherung entsteht jedes Jahr ein Schaden von rund 2 Milliarden Euro, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/autobumser/> (Zugriff am 14.06.2014).

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Versicherungsbetrug - aus alt mach neu? Smartphones & Tablets, 06.09.2013, URL: <http://www.gdv.de/2013/09/versicherungsbetrug-aus-alt-mach-neu/> (Zugriff am 17.07.2014).

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) (Hrsg.) (2013): Statistisches Taschenbuch der Versicherungswirtschaft 2013, 1. Auflage, Berlin.

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) (Hrsg.) (2013): Statistisches Taschenbuch der Versicherungswirtschaft 2013, 1. Auflage, Berlin, URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/38837/umfrage/beitraege-und-leistungen---allgemeine-haftpflichtversicherung-seit-2000/> (Zugriff am 14.07.2014).

Gesetz über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 925-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

GfK Finanzmarktforschung (2011): Befragung zum Thema „Versicherungsbetrug in Deutschland“, in: GDV (Hrsg.): 2011, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/zahlen-und-fakten/#gfk> (Zugriff am 14.06.2014).

Graumann, Matthias / Skrabek, Karena (2014): Ein unterschätztes Problem, in: Personalwirtschaft, Heft 03/2014, S. 62-64.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2012 (BGBl. I S. 1478) geändert worden ist.

Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, 2005.

Hartmann, Axel (2008): Vorsorge. Sicher in die Zukunft, in: Focus Money vom 02.07.2008, Ausgabe 28, S. 64-70.

Heimbücher, Bruno (2003): Deckungsprozesse in „Haftpflcht“, in: Versicherungswirtschaft vom 15.03.2003, 58.Jg., Nr. 06, S. 424.

Institut für Allensbach (Hrsg.) (2014): Verteilung des Versicherungsschutzes privater Haushalte in Deutschland im Jahr 2014, URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167890/umfrage/versicherungsschutz-der-haushalte-in-deutschland/> (Zugriff am 14.07.2014).

Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1837), die zuletzt durch Artikel 5 der Verordnung vom 13. Januar 2012 (BGBl. I S. 103) geändert worden ist.

Magnus, Ulrich (2005): Ökonomische Analyse des Rechts, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 101-120.

Michaels, Bernd (2005): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 1-9.

Pflichtversicherungsgesetz vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 213), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

Pohl, Detlef: Arzthaftpflcht: Der Markt schrumpft weiter, in: Deutsches Ärzteblatt (2013), URL: <http://www.aerzteblatt.de/archiv/133901/Arzthaftpflcht-Der-Marktschrumpft-weiter.htm> (Zugriff am 17.07.2014).



Pohlhausen, Robert (2005): Pflichtversicherungen - aus Sicht der Versicherer, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S.75-84.

Schulenburg, J.-Matthias Graf v. d. (2005): Pflichtversicherung - ein historischer Rückblick, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 13-46.

Schwarze, Reimund: Kommt die Versicherungspflicht für Elementarschäden?, in: Focus Online vom 05.07.2014, URL: [http://www.focus.de/wissen/experten/reimund\\_schwarze\\_/kommt-die-versicherungspflicht-f-elementarschaeden-kein-versicherungsschutz-bei-naturkatastrophen-kommentar\\_id\\_5839746.html](http://www.focus.de/wissen/experten/reimund_schwarze_/kommt-die-versicherungspflicht-f-elementarschaeden-kein-versicherungsschutz-bei-naturkatastrophen-kommentar_id_5839746.html) (Zugriff am 13.07.2014).

Schwintowski, Hans-Peter (2003): Pflicht einer Pflichtversicherung für Schäden durch Kinder?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11/2003, S. 391-395.

Schwintowski, Hans-Peter (2005): Pflichtversicherungen - aus Sicht der Verbraucher, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündenfall. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30.10.2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 47-74.

Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. April 2014 (BGBl. I S. 410) geändert worden ist.

Straßenverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3313) geändert worden ist.

Vothknecht, Michael (2006): Die „wissentliche Pflichtverletzung“ in der Vermögensschaden-Haftpflicht-/D&O-Versicherung, in: PHi, Heft 2/2006.

# Anhang

## Gesetzestexte

### **AMG - Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln**

Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel 2a des Gesetzes vom 27. März 2014 (BGBl. I S. 261) geändert worden ist.

#### **§ 94 Deckungsvorsorge**

(1) Der pharmazeutische Unternehmer hat dafür Vorsorge zu treffen, dass er seinen gesetzlichen Verpflichtungen zum Ersatz von Schäden nachkommen kann, die durch die Anwendung eines von ihm in den Verkehr gebrachten, zum Gebrauch bei Menschen bestimmten Arzneimittels entstehen, das der Pflicht zur Zulassung unterliegt oder durch Rechtsverordnung von der Zulassung befreit worden ist (Deckungsvorsorge). Die Deckungsvorsorge muss in Höhe der in § 88 Satz 1 genannten Beträge erbracht werden. Sie kann nur

1. durch eine Haftpflichtversicherung bei einem im Geltungsbereich dieses Gesetzes zum Geschäftsbetrieb befugten unabhängigen Versicherungsunternehmen, für das im Falle einer Rückversicherung ein Rückversicherungsvertrag nur mit einem Rückversicherungsunternehmen, das seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem von der Europäischen Kommission auf Grund von Artikel 172 der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1) als gleichwertig anerkannten Staat hat, besteht, oder

2. durch eine Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung eines inländischen Kreditinstituts oder eines Kreditinstituts eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum

erbracht werden.

(2) Wird die Deckungsvorsorge durch eine Haftpflichtversicherung erbracht, so gelten die § 113 Abs. 3 und die §§ 114 bis 124 des Versicherungsvertragsgesetzes, sinngemäß.

(3) Durch eine Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung eines Kreditinstituts kann die Deckungsvorsorge nur erbracht werden, wenn gewährleistet ist, dass das Kreditinstitut, solange mit seiner Inanspruchnahme gerechnet werden muss, in der Lage sein wird, seine Verpflichtungen im Rahmen der Deckungsvorsorge zu erfüllen. Für die Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung gelten die § 113 Abs. 3 und die §§ 114 bis 124 des Versicherungsvertragsgesetzes sinngemäß.

(4) Zuständige Stelle im Sinne des § 117 Abs. 2 des Versicherungsvertragsgesetzes ist die für die Durchführung der Überwachung nach § 64 zuständige Behörde.

(5) Die Bundesrepublik Deutschland und die Länder sind zur Deckungsvorsorge gemäß Absatz 1 nicht verpflichtet.

### **AusIPfIVG - Gesetz über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger**

Gesetz über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 925-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

#### **§ 1 Notwendigkeit und Nachweis des Versicherungsschutzes**

(1) Kraftfahrzeuge (auch Fahrräder mit Hilfsmotor) und Kraftfahrzeuganhänger, die im Inland keinen regelmäßigen Standort haben, dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes auf öffentlichen Straßen oder Plätzen nur gebraucht werden, wenn für den Halter, den Eigentümer und den Führer zur Deckung der durch den Gebrauch verursachten Personen- und Sachschäden eine Haftpflichtversicherung nach den §§ 2 bis 6 besteht.

(2) Der Führer des Fahrzeugs hat eine Bescheinigung des Versicherers über die Haftpflichtversicherung (Versicherungsbescheinigung) mitzuführen. Sie ist auf Verlangen den zuständigen Beamten zur Prüfung auszuhändigen. § 8a bleibt unberührt.

(3) Besteht keine diesem Gesetz entsprechende Haftpflichtversicherung oder führt der Führer des Fahrzeugs die erforderliche Versicherungsbescheinigung nicht mit, so darf der Halter des Fahrzeugs nicht anordnen oder zulassen, daß das Fahrzeug im Geltungsbereich dieses Gesetzes auf öffentlichen Straßen oder Plätzen gebraucht wird.

(4) Fehlt bei der Einreise eines Fahrzeugs die erforderliche Versicherungsbescheinigung, so müssen es die Grenzzollstellen zurückweisen. Stellt sich der Mangel während des Gebrauchs heraus, so kann das Fahrzeug sichergestellt werden, bis die Bescheinigung vorgelegt wird.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht für die Fahrzeuge der ausländischen Streitkräfte, die zum Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes befugt sind.

#### **§ 4 AusIPfIVG**

Der Versicherungsvertrag nach § 3 muß den für die Versicherung von Kraftfahrzeugen und Anhängern mit regelmäßigem Standort im Inland geltenden gesetzlichen Bestimmungen über Inhalt und Umfang des Versicherungsschutzes sowie über die Mindestversicherungssummen entsprechen.

#### **BGB – Bürgerliches Gesetzbuch**

Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 5 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) geändert worden ist.

#### **§ 199 Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist und Verjährungshöchstfristen**

(1) Die regelmäßige Verjährungsfrist beginnt, soweit nicht ein anderer Verjährungsbeginn bestimmt ist, mit dem Schluss des Jahres, in dem

1. der Anspruch entstanden ist und

2. der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.

(2) Schadensersatzansprüche, die auf der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen, verjähren ohne Rücksicht auf ihre Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in 30 Jahren von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen, den Schaden auslösenden Ereignis an.

(3) Sonstige Schadensersatzansprüche verjähren

1. ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von ihrer Entstehung an und

2. ohne Rücksicht auf ihre Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in 30 Jahren von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen, den Schaden auslösenden Ereignis an.

Maßgeblich ist die früher endende Frist.

(3a) Ansprüche, die auf einem Erbfall beruhen oder deren Geltendmachung die Kenntnis einer Verfügung von Todes wegen voraussetzt, verjähren ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in 30 Jahren von der Entstehung des Anspruchs an.

(4) Andere Ansprüche als die nach den Absätzen 2 bis 3a verjähren ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von ihrer Entstehung an.

(5) Geht der Anspruch auf ein Unterlassen, so tritt an die Stelle der Entstehung die Zuwiderhandlung.

### **§ 200 Beginn anderer Verjährungsfristen**

Die Verjährungsfrist von Ansprüchen, die nicht der regelmäßigen Verjährungsfrist unterliegen, beginnt mit der Entstehung des Anspruchs, soweit nicht ein anderer Verjährungsbeginn bestimmt ist. § 199 Abs. 5 findet entsprechende Anwendung.

### **§ 249 Art und Umfang des Schadensersatzes**

(1) Wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre.

(2) Ist wegen Verletzung einer Person oder wegen Beschädigung einer Sache Schadensersatz zu leisten, so kann der Gläubiger statt der Herstellung den dazu erforderlichen Geldbetrag verlangen. Bei der Beschädigung einer Sache schließt der nach Satz 1 erforderliche Geldbetrag die Umsatzsteuer nur mit ein, wenn und soweit sie tatsächlich angefallen ist.

### **§ 251 Schadensersatz in Geld ohne Fristsetzung**

(1) Soweit die Herstellung nicht möglich oder zur Entschädigung des Gläubigers nicht genügend ist, hat der Ersatzpflichtige den Gläubiger in Geld zu entschädigen.

(2) Der Ersatzpflichtige kann den Gläubiger in Geld entschädigen, wenn die Herstellung nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen möglich ist. Die aus der Heilbehandlung eines verletzten Tieres entstandenen Aufwendungen sind nicht bereits dann unverhältnismäßig, wenn sie dessen Wert erheblich übersteigen.

**§ 252 Entgangener Gewinn**

Der zu ersetzende Schaden umfasst auch den entgangenen Gewinn. Als entgangen gilt der Gewinn, welcher nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge oder nach den besonderen Umständen, insbesondere nach den getroffenen Anstalten und Vorkehrungen, mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden konnte.

**§ 253 Immaterieller Schaden**

(1) Wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, kann Entschädigung in Geld nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen gefordert werden.

(2) Ist wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung Schadensersatz zu leisten, kann auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld gefordert werden.

**§ 254 Mitverschulden**

(1) Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt, so hängt die Verpflichtung zum Ersatz sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teil verursacht worden ist.

(2) Dies gilt auch dann, wenn sich das Verschulden des Beschädigten darauf beschränkt, dass er unterlassen hat, den Schuldner auf die Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens aufmerksam zu machen, die der Schuldner weder kannte noch kennen musste, oder dass er unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu mindern. Die Vorschrift des § 278 findet entsprechende Anwendung.

**§ 255 Abtretung der Ersatzansprüche**

Wer für den Verlust einer Sache oder eines Rechts Schadensersatz zu leisten hat, ist zum Ersatz nur gegen Abtretung der Ansprüche verpflichtet, die dem Ersatzberechtigten auf Grund des Eigentums an der Sache oder auf Grund des Rechts gegen Dritte zustehen.

**§ 276 Verantwortlichkeit des Schuldners**

(1) Der Schuldner hat Vorsatz und Fahrlässigkeit zu vertreten, wenn eine strengere oder mildere Haftung weder bestimmt noch aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses, insbesondere aus der Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffungsrisikos zu entnehmen ist. Die Vorschriften der §§ 827 und 828 finden entsprechende Anwendung.

(2) Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt.

(3) Die Haftung wegen Vorsatzes kann dem Schuldner nicht im Voraus erlassen werden.

**§ 701 Haftung des Gastwirts**

(1) Ein Gastwirt, der gewerbsmäßig Fremde zur Beherbergung aufnimmt, hat den Schaden zu ersetzen, der durch den Verlust, die Zerstörung oder die Beschädigung von Sachen entsteht, die ein im Betrieb dieses Gewerbes aufgenommener Gast eingebracht hat.

(2) Als eingebracht gelten

1. Sachen, welche in der Zeit, in der der Gast zur Beherbergung aufgenommen ist, in die Gastwirtschaft oder an einen von dem Gastwirt oder dessen Leuten angewiesenen oder von dem Gastwirt allgemein hierzu bestimmten Ort außerhalb der Gastwirtschaft gebracht oder sonst außerhalb der Gastwirtschaft von dem Gastwirt oder dessen Leuten in Obhut genommen sind,

2. Sachen, welche innerhalb einer angemessenen Frist vor oder nach der Zeit, in der der Gast zur Beherbergung aufgenommen war, von dem Gastwirt oder seinen Leuten in Obhut genommen sind.

Im Falle einer Anweisung oder einer Übernahme der Obhut durch Leute des Gastwirts gilt dies jedoch nur, wenn sie dazu bestellt oder nach den Umständen als dazu bestellt anzusehen waren.

(3) Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Verlust, die Zerstörung oder die Beschädigung von dem Gast, einem Begleiter des Gastes oder einer Person, die der Gast bei sich aufgenommen hat, oder durch die Beschaffenheit der Sachen oder durch höhere Gewalt verursacht wird.

(4) Die Ersatzpflicht erstreckt sich nicht auf Fahrzeuge, auf Sachen, die in einem Fahrzeug belassen worden sind, und auf lebende Tiere.

**§ 702 Beschränkung der Haftung; Wertsachen**

(1) Der Gastwirt haftet auf Grund des § 701 nur bis zu einem Betrag, der dem Hundertfachen des Beherbergungspreises für einen Tag entspricht, jedoch mindestens bis zu dem Betrag von 600 Euro und höchstens bis zu dem Betrag von 3.500 Euro; für Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten tritt an die Stelle von 3.500 Euro der Betrag von 800 Euro.

(2) Die Haftung des Gastwirts ist unbeschränkt,

1. wenn der Verlust, die Zerstörung oder die Beschädigung von ihm oder seinen Leuten verschuldet ist,

2. wenn es sich um eingebrachte Sachen handelt, die er zur Aufbewahrung übernommen oder deren Übernahme zur Aufbewahrung er entgegen der Vorschrift des Absatzes 3 abgelehnt hat.

(3) Der Gastwirt ist verpflichtet, Geld, Wertpapiere, Kostbarkeiten und andere Wertsachen zur Aufbewahrung zu übernehmen, es sei denn, dass sie im Hinblick auf die Größe oder den Rang der Gastwirtschaft von übermäßigem Wert oder Umfang oder dass sie gefährlich sind. Er kann verlangen, dass sie in einem verschlossenen oder versiegelten Behältnis übergeben werden.

**§ 823 Schadensersatzpflicht**

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

(2) Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalt des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.

**§ 827 Ausschluss und Minderung der Verantwortlichkeit**

Wer im Zustand der Bewusstlosigkeit oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit einem anderen Schaden zufügt, ist für den Schaden nicht verantwortlich. Hat er sich durch geistige Getränke oder ähnliche Mittel in einen vorübergehenden Zustand dieser Art versetzt, so ist er für einen Schaden, den er in diesem Zustand widerrechtlich verursacht, in gleicher Weise verantwortlich, wie wenn ihm Fahrlässigkeit zur Last fiele; die Verantwortlichkeit tritt nicht ein, wenn er ohne Verschulden in den Zustand geraten ist.



**§ 828 Minderjährige**

(1) Wer nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat, ist für einen Schaden, den er einem anderen zufügt, nicht verantwortlich.

(2) Wer das siebente, aber nicht das zehnte Lebensjahr vollendet hat, ist für den Schaden, den er bei einem Unfall mit einem Kraftfahrzeug, einer Schienenbahn oder einer Schwebebahn einem anderen zufügt, nicht verantwortlich. Dies gilt nicht, wenn er die Verletzung vorsätzlich herbeigeführt hat.

(3) Wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist, sofern seine Verantwortlichkeit nicht nach Absatz 1 oder 2 ausgeschlossen ist, für den Schaden, den er einem anderen zufügt, nicht verantwortlich, wenn er bei der Begehung der schädigenden Handlung nicht die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht hat.

**§ 831 Haftung für den Verrichtungsgehilfen**

(1) Wer einen anderen zu einer Verrichtung bestellt, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den der andere in Ausführung der Verrichtung einem Dritten widerrechtlich zufügt. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Geschäftsherr bei der Auswahl der bestellten Person und, sofern er Vorrichtungen oder Gerätschaften zu beschaffen oder die Ausführung der Verrichtung zu leiten hat, bei der Beschaffung oder der Leitung die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder wenn der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

(2) Die gleiche Verantwortlichkeit trifft denjenigen, welcher für den Geschäftsherrn die Besorgung eines der im Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Geschäfte durch Vertrag übernimmt.

**§ 832 Haftung des Aufsichtspflichtigen**

(1) Wer kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über eine Person verpflichtet ist, die wegen Minderjährigkeit oder wegen ihres geistigen oder körperlichen Zustands der Beaufsichtigung bedarf, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den diese Person einem Dritten widerrechtlich zufügt. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn er seiner Aufsichtspflicht genügt oder wenn der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde.

(2) Die gleiche Verantwortlichkeit trifft denjenigen, welcher die Führung der Aufsicht durch Vertrag übernimmt.

**§ 833 Haftung des Tierhalters**

Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Beruf, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

**§ 839 Haftung bei Amtspflichtverletzung**

(1) Verletzt ein Beamter vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er dem Dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Fällt dem Beamten nur Fahrlässigkeit zur Last, so kann er nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Verletzte nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag.

(2) Verletzt ein Beamter bei dem Urteil in einer Rechtssache seine Amtspflicht, so ist er für den daraus entstehenden Schaden nur dann verantwortlich, wenn die Pflichtverletzung in einer Straftat besteht. Auf eine pflichtwidrige Verweigerung oder Verzögerung der Ausübung des Amtes findet diese Vorschrift keine Anwendung.

(3) Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Verletzte vorsätzlich oder fahrlässig unterlassen hat, den Schaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels abzuwenden.

**§ 840 Haftung mehrerer**

(1) Sind für den aus einer unerlaubten Handlung entstehenden Schaden mehrere nebeneinander verantwortlich, so haften sie als Gesamtschuldner.

(2) Ist neben demjenigen, welcher nach den §§ 831, 832 zum Ersatz des von einem anderen verursachten Schadens verpflichtet ist, auch der andere für den Schaden verantwortlich, so ist in ihrem Verhältnis zueinander der andere allein, im Falle des § 829 der Aufsichtspflichtige allein verpflichtet.

(3) Ist neben demjenigen, welcher nach den §§ 833 bis 838 zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist, ein Dritter für den Schaden verantwortlich, so ist in ihrem Verhältnis zueinander der Dritte allein verpflichtet.

**BJagdG – Bundesjagdgesetz**

Bundesjagdgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Mai 2013 (BGBl. I S. 1386) geändert worden ist.

**§ 17 Versagung des Jagdscheines**

(1) Der Jagdschein ist zu versagen

1. Personen, die noch nicht sechzehn Jahre alt sind;
2. Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie die erforderliche Zuverlässigkeit oder körperliche Eignung nicht besitzen;
3. Personen, denen der Jagdschein entzogen ist, während der Dauer der Entziehung oder einer Sperre (§§ 18, 41 Abs. 2);
4. Personen, die keine ausreichende Jagdhaftpflichtversicherung (fünfhunderttausend Euro für Personenschäden und fünfzigtausend Euro für Sachschäden) nachweisen; die Versicherung kann nur bei einem Versicherungsunternehmen mit Sitz in der Europäischen Union oder mit Niederlassung im Geltungsbereich des Versicherungsaufsichtsgesetzes genommen werden; die Länder können den Abschluß einer Gemeinschaftsversicherung ohne Beteiligungszwang zulassen.

**GG – Grundgesetz**

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2012 (BGBl. I S. 1478) geändert worden ist.

**Artikel 2**

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 34**

Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.

**KfzPflVV - Verordnung über den Versicherungsschutz in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung**

Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1837), die zuletzt durch Artikel 5 der Verordnung vom 13. Januar 2012 (BGBl. I S. 103) geändert worden ist.

**§ 1 KfzPflVV**

(1) Die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung hat Versicherungsschutz in Europa sowie in den außereuropäischen Gebieten, die zum Geltungsbereich des Vertrages über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gehören, in der Höhe zu gewähren, die in dem jeweiligen Land gesetzlich vorgeschrieben ist, mindestens jedoch in der in Deutschland vorgeschriebenen Höhe. Wird eine Erweiterung des räumlichen Geltungsbereichs des Versicherungsschutzes vereinbart, gilt Satz 1 entsprechend.

(2) Beginn und Ende des Versicherungsschutzes bestimmen sich nach den §§ 187 und 188 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

**PflVG - Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz)**

Pflichtversicherungsgesetz vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 213), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

**§ 1 PflVG**

Der Halter eines Kraftfahrzeugs oder Anhängers mit regelmäßigem Standort im Inland ist verpflichtet, für sich, den Eigentümer und den Fahrer eine Haftpflichtversicherung zur Deckung der durch den Gebrauch des Fahrzeugs verursachten Personenschäden, Sachschäden und sonstigen Vermögensschäden nach den folgenden Vorschriften abzuschließen und aufrechtzuerhalten, wenn das Fahrzeug auf öffentlichen Wegen oder Plätzen (§ 1 des Straßenverkehrsgesetzes) verwendet wird.

**§ 4 PflVG**

(1) Um einen dem Zweck dieses Gesetzes gerecht werdenden Schutz sicherzustellen, bestimmt das Bundesministerium der Justiz unter Beachtung gemeinschaftsrechtlicher Verpflichtungen sowie des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge (BGBl. 1965 II S. 281) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates den Umfang des notwendigen Versicherungsschutzes, den der Versicherungsvertrag zu gewähren hat. Das gilt auch für den Fall, daß durch Gesetz oder gemeinschaftsrechtliche Verpflichtung eine Versicherungspflicht zur Deckung der beim Transport gefährlicher Güter durch Kraftfahrzeuge verursachten Schäden begründet wird.

(2) Die Mindesthöhen der Versicherungssummen ergeben sich aus der Anlage. Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die in der Anlage getroffenen Regelungen zu ändern, wenn dies erforderlich ist, um

1. bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder der verkehrstechnischen Umstände einen hinreichenden Schutz der Geschädigten sicherzustellen oder

2. die Mindesthöhen der Versicherungssummen an die nach Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (ABl. L 263 vom 7.10.2009, S. 11) erhöhten Beträge anzupassen.

Ergeben sich auf Grund der Platzzahl des Personenfahrzeugs, auf das sich die Versicherung bezieht, erhöhte Mindestversicherungssummen, so haftet der Versicherer in den Fällen des § 117 Abs. 1 und 2 des Versicherungsvertragsgesetzes für den einer einzelnen Person zugefügten Schaden nur im Rahmen der nicht erhöhten Mindestversicherungssummen.

**StGB – Strafgesetzbuch**

Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. April 2014 (BGBl. I S. 410) geändert worden ist.

## **§ 265 Versicherungsmißbrauch**

(1) Wer eine gegen Untergang, Beschädigung, Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, Verlust oder Diebstahl versicherte Sache beschädigt, zerstört, in ihrer Brauchbarkeit beeinträchtigt, beiseite schafft oder einem anderen überläßt, um sich oder einem Dritten Leistungen aus der Versicherung zu verschaffen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in § 263 mit Strafe bedroht ist.

(2) Der Versuch ist strafbar.

## **StVG – Straßenverkehrsgesetz**

Straßenverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3313) geändert worden ist.

## **§ 7 Haftung des Halters, Schwarzfahrt**

(1) Wird bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers, der dazu bestimmt ist, von einem Kraftfahrzeug mitgeführt zu werden, ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

(2) Die Ersatzpflicht ist ausgeschlossen, wenn der Unfall durch höhere Gewalt verursacht wird.

(3) Benutzt jemand das Fahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters, so ist er anstelle des Halters zum Ersatz des Schadens verpflichtet; daneben bleibt der Halter zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wenn die Benutzung des Fahrzeugs durch sein Verschulden ermöglicht worden ist. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der Benutzer vom Fahrzeughalter für den Betrieb des Kraftfahrzeugs angestellt ist oder wenn ihm das Fahrzeug vom Halter überlassen worden ist. Die Sätze 1 und 2 sind auf die Benutzung eines Anhängers entsprechend anzuwenden.

## **§ 8 Ausnahmen**

Die Vorschriften des § 7 gelten nicht,

1. wenn der Unfall durch ein Kraftfahrzeug verursacht wurde, das auf ebener Bahn mit keiner höheren Geschwindigkeit als 20 Kilometer in der Stunde fahren kann, oder durch einen im Unfallzeitpunkt mit einem solchen Fahrzeug verbundenen Anhänger,

2. wenn der Verletzte bei dem Betrieb des Kraftfahrzeugs oder des Anhängers tätig war oder

3. wenn eine Sache beschädigt worden ist, die durch das Kraftfahrzeug oder durch den Anhänger befördert worden ist, es sei denn, dass eine beförderte Person die Sache an sich trägt oder mit sich führt.

## **§ 12 Höchstbeträge**

### **(1) Der Ersatzpflichtige haftet**

1. im Fall der Tötung oder Verletzung eines oder mehrerer Menschen durch dasselbe Ereignis nur bis zu einem Betrag von insgesamt fünf Millionen Euro; im Fall einer entgeltlichen, geschäftsmäßigen Personenbeförderung erhöht sich für den ersatzpflichtigen Halter des befördernden Kraftfahrzeugs oder Anhängers bei der Tötung oder Verletzung von mehr als acht beförderten Personen dieser Betrag um 600.000 Euro für jede weitere getötete oder verletzte beförderte Person;

2. im Fall der Sachbeschädigung, auch wenn durch dasselbe Ereignis mehrere Sachen beschädigt werden, nur bis zu einem Betrag von insgesamt einer Million Euro.

Die Höchstbeträge nach Satz 1 Nr. 1 gelten auch für den Kapitalwert einer als Schadensersatz zu leistenden Rente.

(2) Übersteigen die Entschädigungen, die mehreren auf Grund desselben Ereignisses zu leisten sind, insgesamt die in Absatz 1 bezeichneten Höchstbeträge, so verringern sich die einzelnen Entschädigungen in dem Verhältnis, in welchem ihr Gesamtbetrag zu dem Höchstbetrag steht.

## Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus fremden Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

---

Ort, Datum

Vorname Nachname